

Das Banner für die Republik

Von Paul Löbe

Maulwürfe unterwühlen den Bestand der deutschen Republik. Draußen stärken sie die Reihen der nationalistischen Gegner durch ihren unvernünftigen Chauvinismus und die militärischen Maskeraden, die zwar Kinderspiel sind, aber ernst scheinen wollen, innen schaffen sie immer neue Herde der Unruhe, Putsch- und Attentatsstimmungen.

Fünf Jahre glaubten ehrliche Republikaner, der neue Staat würde sich selbst dagegen zur Wehr setzen. Aber er versagte. Seine Verwaltungsorgane wurden der monarchistischen Demonstranten nicht Herr, seine Justiz breitet schützend die Armé über die Staatsfeinde von rechts, seine Reichswehr hielt verdächtige Brüderschaft mit den illegalen Organisationen der Monarchisten. Von dieser Seite ist also eine Abwehr um so weniger zu erwarten, als die reaktionäre Welle die Deutschnationalen in die Regierungen verschiedener Bundesstaaten führte und damit die Exekutive in republikfeindliche Hände spielte.

Im Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ erhebt sich das republikanische Deutschland selbst, um seine Verfassung zu schützen. Lange genug hat unbegreifliche Geduld gegenüber allen Provokationen obgewaltet. Jetzt aber bricht die Bewegung mit einer Gewalt los, die hoffen läßt, daß das Versäumte in wenigen Wochen nachgeholt wird. Bataillone und Regimenter republikanischer Jugend und ehemaliger Kriegsteilnehmer formieren sich in den großen Städten, bald werden es Brigaden sein, und schon treten Kompagnien und einzelne Züge auch in den Dörfern unter dem schwarz-rot-goldenen Banner an, um dem Uebermut der Schwarz-weiß-roten entgegenzutreten. Eben kehre ich aus der Gründungsversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Hamburg zurück, die riesige Werkhalle vermochte die Rekruten der neuen Freiheitsarmee nicht zu fassen und unter unbeschreiblichem Jubel vollzog sich hier die Formierung des Abwehrheeres, dem der erste Bürgermeister Dr. Petersen einen demokratischen Geleitspruch auf den Weg gab. Der deutsche Arbeiter, der die stärksten Kaders zur republikanischen Armee stellt, war aus begreiflichen Gründen ein Gegner äußerlicher Uniformierung, militärischer Rangordnung, sichtbarer Abzeichen, Borten und Sterne. Aber wenn die politische Notwendigkeit es er-

fordert, wenn ein Teil der Jugend aus der Arbeiterklasse und des proletarisierten Mittelstandes eingefangen wird mit dergleichen Symbolen und Institutionen, dann müssen auch wir der Jugend geben, was sie durchaus nicht entbehren will und müssen schon im Interesse ihrer Schlagfertigkeit jene Organisationen schaffen, die sich jedem Gegner gewachsen zeigen.

Die Kampfschar trägt den Schild, von dem Turnvater Jahn im Februar 1849, als noch nicht alle Hoffnung erstorben war, in der Frankfurter Nationalversammlung sagte: „Ich will hier meinen Schild verkünden, weil ich ihn nicht aushängen kann. Mein Schild trägt drei Farben: schwarz, rot und gold. Und darauf steht geschrieben: Einheit, Freiheit, Vaterland!“ Sie wird den nationalistischen und vaterländischen Verbänden beweisen, daß nicht diejenigen die höchste Vaterlandsliebe besitzen, die sie am lautesten im Munde, am aufdringlichsten im Titel führen, sondern diejenigen, die unsere freiheitlichen Institutionen schützen, das Land für jeden wohnlich machen und dem freien Bürger seine Rechte sichern helfen.

Sie macht die deutsche Jugend aufmerksam, welche Irreführung es ist, wenn behauptet wird, Demokratie und Republik seien fremdländische, undeutsche, welsche Einfuhrartikel. Dagegen sprechen nicht nur die Versuche Steins und Hardenbergs, durch demokratische Verfassungen für Städte und Gemeinden den Wiederaufbau Preußens vor hundert Jahren zu fördern, dagegen sprechen nicht nur die blühenden deutschen Städterepubliken des Mittelalters, dagegen spricht die ganze Gemeinde- und Gauverfassung der alten Germanen, wo alle Rechte bei den freien, mündigen Bürgern und Bauern lagen und der Häuptling und Herzog, der „Volksbeauftragte“, auch der Herrscher ist.

Sie bestreitet den Monarchisten die Anschauung, daß die Monarchie, daß das Gottesgnadentum, dieses asiatische Gewächs, das in Europa seine wissenschaftliche Begründung und höchste Ausprägung unter Ludwig XIV. von Frankreich erfuhr, daß diese Staatsform der gottbegnadeten Obrigkeit und der rechtlosen oder minderberechtigten Untertanen deutsches Gewächs sei und deutschem Geist entspreche.

Die deutsche Demokratie und die deutsche Republik gegen jeden Angriff zu verteidigen, das ist in Zukunft die Sonderaufgabe des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Wir werden diese Farben in Stadt und Dörfern hissen und ein Wald von Fahnen soll überall deutschen Gauen sichtbar werden. Unter diesen Fahnen aber soll sich sammeln, wer bereit ist, sie zu verteidigen: der Frontkämpfer, der gerungen und geblutet hat, nicht für Kaiser und König, aber für Volk und Vaterland, der Jüngling, dem die Liebe zur Freiheit im Herzen glüht, jeder, dem die Republik ein unveräußerliches Gut geworden ist.

Tapfer sind die Feinde der Republik in der Regel nur, solange von keiner Seite ein fester, organisierter Widerstand zu erwarten ist. Wenn solcher Widerstand sichtbar wird, klappen sie zusammen und der lauteste Uebermut verkriecht sich ins Mauselloch. Das bloße Dasein einer Millionenorganisation wird die Ludendorffler im Zaume halten.

Doch nicht nur zur Abwehr der monarchistischen Reaktion, auch zur Erreichung positiver deutscher Ziele hissen wir das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Wir wollen heraus aus Kleinstaaterei und Partikularismus, wir wollen kämpfen für die geeinte großdeutsche Republik. Draußen vor den Toren des Reiches stehen deutsche Landsleute, denen die Friedensverträge das formelle Selbstbestimmungsrecht verliehen, die bei uns Einlaß gewähren. Heute hält die Entente die Tore noch geschlossen. Eines Tages müssen sie geöffnet werden. Wenn in die Friedfertigkeit unseres Volkes kein Ernsthafter mehr wird Zweifel setzen können, wenn große Organisationen, die der Freiheit und dem Frieden dienen, auch dem übrigen Europa zeigen, daß ihm von uns her keine Gefahren drohen, dann fällt der unwahrhaftige Vorwand, der den Deutschen in Oesterreich das Selbstbestimmungsrecht verkürzt. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird im Verein mit anderen Organisationen als Träger einer unwiderstehlichen Volksbewegung den Tag vorbereiten, wo die Grenzpfähle fallen und die Fahnen der geeinten Republik wehen vom Donaustrand und Alpenhang bis zu den Halligen im deutschen Meer.

Zwei notwendige Aufklärungen^{*)}

Von Philipp Scheidemann

Als die Debatten über das Versailler Diktat stattfanden, ging eine nationale Welle über unser Land. Das war geradezu selbstverständlich. Viele unserer Genossen leiden an der mir immer unfaßbar gewesenen Vorstellung, daß sie um Gotteswillen nicht in den Verdacht kommen dürfen, ebenfalls von nationalen Gefühlen be-

^{*)} Die beiden nachstehenden Absätze sind Teile der Rede, die Scheidemann am Rathenau-Tage in dem großen Saal der „Neuen Welt“ vor Tausenden von Arbeitern hielt. Eine tapfere Rede, die nichts verschleierte und die Massen nicht schonte. Wenn wir Scheidemann baten, uns zu erlauben, diese beiden Stellen nachzudrucken, so geschah das, weil uns dringend notwendig erscheint, gerade heute, im Zeichen des Banners Schwarz-Rot-Gold, das die Massen endlich fest in die Faust nehmen, über zweierlei aufzuklären: 1. wie wir die Reichswehr verpaßten; 2. wie wir den Pseudonationalen zu ihrer Lügenexistenz verhalfen. Aus solcher Aufklärung aber solle zweierlei Wille wachsen: Unser die Reichswehr! Wir das Vaterland!

seelt zu sein. Weil unsere Gegner im Reich nationalistisch sind und patriotische Purzelbäume schlagen, deshalb sollten wir ängstlich bemüht sein, zu verbergen, mit wie inniger Liebe wir an unserem Vaterlande hängen? Die wahren Patrioten sind wir, die wir unser schönes Vaterland so einrichten wollen, daß alle Landeskinder gleiches Recht und gleiche politische Freiheit haben, und daß jeder sich wohl in der Heimat fühlen kann! Es ist mir immer sehr gegen den Strich gegangen, wenn ich die banalsten Redensarten über unsere Internationalität habe hören müssen. Sind wir denn international, weil wir die Nation gering achten oder gar für einen allgemeinen Völkerbrei uns erwärmen? Um Gotteswillen: Nein! Den habe ich in Amerika kennen gelernt, aber dort sind gerade die Sozialdemokraten auf das eifrigste bemüht, die verschiedensten Sprachengruppen wieder zusammen zu bringen. Anders ist an die Arbeiter überhaupt nicht heranzukommen.

Wir sind international, weil wir wissen, daß eine jede Nation nur dann ihr Höchstes und Bestes an Kulturwerten, an Kunst und Wissenschaft wird leisten und aller Welt geben können, wenn sie nach jeder Richtung hin durch eine „Internationale“ gesichert ist: in ihrem Bestande, ihrer Arbeit, ihrem Warenaustausch, ihrem Frieden. International gesicherter Frieden heißt überflüssig gewordener Militarismus, heißt international gesicherte Sozialpolitik: Achtstundentag, Arbeiterschutz, Frauenschutz, Kinderschutz — was hätte das gemein mit irgendwelcher antinationaler Gesinnung? Ich habe Jean Jaurès begeistert zugestimmt, als er den Begriff der Nation in die schönen Worte kleidete:

„Die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts und es stünde dem Proletariat schlecht an, die kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern.“

Unsere nationale Gesinnung ist himmelweit entfernt von der nationalistischen Gesinnung unserer Gegner. Bei diesen ist „national“ gleichbedeutend mit der Gier nach der Macht für eine bestimmte Klasse im Reich und der Vormachtstellung des Reichs in der Welt. So haben sie auch das herrliche Lied Hoffmanns von Fallersleben: „Deutschland über alles“ tendenziös geschändet und aller Welt die Ueberzeugung beigebracht, daß Deutschland über alle und alles zu herrschen bestrebt sei. „An deutschem Wesen soll die Welt genesen!“ Was haben derartige Worte dazu beigebracht, alle Welt gegen Deutschland aufzuhetzen! Nationalistische Gesinnung ist Intoleranz, Ueberheblichkeit ist Streit, ist Bedrohung, ist Krieg oder doch dauernde Rüstung zum Krieg.

Nationale Gesinnung ist innige Liebe zum Vaterlande, ist die Selbstverständlichkeit, alle Nationen, alle Menschen als gleichberechtigt anzuerkennen; ist der Wille, durch internationale Garantien jedem Volke die Möglichkeit zu schaffen, alles seiner besonderen Veranlagung und Begabung entsprechend in höchster

Vollendung schaffen und mit aller Welt austauschen zu können. Für den wahrhaft nationalen Menschen, gleichviel ob er Deutscher, Franzose, Italiener oder Russe ist, ist die Internationale der Schutz und Schirm für die Heimat, an der er mit allen Fasern seines Herzens hängt, die er liebt — „über alles in der Welt“.

* * *

Am meisten schimpfen auf die SPD., auf die Reichswehr und vieles Andere junge „Radikale“, die 1914 noch die Schulbank drückten, die keine Ahnung haben von der Riesenarbeit, die die SPD. politisch und wirtschaftlich geleistet hat. Nichts an der Kulturarbeit mitgeleistet, nichts miterlebt aus der Vorkriegszeit, nichts darüber gelesen, nur beim Granatendreien radikale Redensarten gehört: die Sozialdemokraten sind Arbeiterverräter, Sozialpatrioten. Das war die politische Erziehung vieler von denen, die jetzt „radikale Führer“ sind. O, sie können den Moskauern erstaunlich fix gehorchen, schwenken auf die Pfiffe der Sobelsöhne Radek und Sinowjew ein, wie alte preußische Unteroffiziere; machen Putsche auf Befehl; können wunderbar auf Kindertrompeten blasen und auf zwei Fingern pfeifen — aber was können sie sonst? Sie zersplittern und lähmen die Arbeiterbewegung und fördern damit die Geschäfte der Kapitalisten ...

Wie wurde denn die Reichswehr, an der wahrscheinlich nur sehr wenige Menschen ihre Freude haben? Ihre Väter waren Radikale von 1918/19. Der Radikale Emil Barth nennt sie in seiner Schrift bei Namen.

Die Volksbeauftragten wollten wahrhaftig kein neues Heer aufstellen. Sie waren der Meinung, daß der Bedarf der deutschen Arbeiter und Bürger an Militarismus vollkommen gedeckt gewesen sei; nahmen an, daß alle zufrieden sein würden, wenn ausschließlich Schutzleute uniformiert würden, die aufzupassen hätten, daß nicht einer dem andern die Fensterscheiben einschläge. Weit gefehlt! Die „Radikalen“, die in der Revolutionszeit täglich mit Handgranaten und Maschinengewehren auf den Berliner Straßen demonstrierten, um die sechs Volksbeauftragten einzuschüchtern, zwan-gen schließlich zur Abwehr. Und warum wurde diese nicht so, wie sie von den Volksbeauftragten gewünscht wurde und auch hätte werden können? Weil die „Radikalen“, die die Pressekommissionen beherrschten, die Veröffentlichung aller Aufrufe verboten, durch die die klassenbewußte Arbeiterschaft zum Eintritt in die Wehren aufgefordert wurde. So wurden die Sozialdemokraten von radikalen Genossen aus der Reichswehr ferngehalten und jetzt schimpfen gerade wieder die Radikalen auf die Reichswehr, weil sie so ist, wie sie sie erzwungen haben.

Volkswohl im Volksstaat

Von Wilhelm Sollmann

Ueber die Ursachen unserer Wahlniederlage sind die Meinungen sehr geteilt; in dem Willen, am nächsten Wahltag die Partei an Mandaten zum Reichstage wieder nach Möglichkeit zu stärken, ist die ganze Partei einig. Wir alle sind des Glaubens, daß die Gunst der Wähler sich bald uns wieder in höherem Maße zuwenden wird. Alle sind wir wohl auch der Meinung, daß unsere Aussichten auf Erfolg, so sehr sie von vielen wirtschaftlichen und politischen Kräften abhängig sind, um so größer sein werden, je klarer und sicherer wir den Massen sagen, was wir mit vermehrter parlamentarischer Macht eigentlich wollen.

The New Statesman hat neulich der deutschen Sozialdemokratie vorgehalten, unser Uebel sei nicht, daß unsere Politik nicht sozialistisch gewesen sei, sondern daß wir überhaupt keine Politik gehabt hätten. Nicht eine sozialistische Partei der Welt habe jemals solche Möglichkeiten gehabt. „Wären die sozialdemokratischen Führer ihnen gewachsen gewesen, so wäre die Arbeiterklasse jetzt, statt gespalten und ohnmächtig zu sein, die Beherrscherin Deutschlands.“ Nun wissen wir natürlich alle, welche Zwangsläufigkeiten durch den Verlust des Krieges, durch die dauernden Operationen ausländischer Pfscher am deutschen Reichskörper, durch die immer mehr sich ausbreitende Besetzung deutscher Gebiete, durch die Begünstigung kapitalistischer Korruptionswirtschaft gerade auch von außen her unsere Politik „negativ“ gestalteten. Die Siegerländer haben gar keine Möglichkeit, sich in die deutschen Schwierigkeiten dieser fünf Jahre hineinzudenken, mit seinen ungeheueren innerpolitischen Gegensätzen, unter denen die Schwierigkeiten mit und zwischen den Ländern nicht die geringsten sind, mit seinen schroffen Abgründen in ausgedehnter Landwirtschaft und zahlreichen industriellen Gebieten, mit seinen Jahrhunderte alten Traditionen des strafsten Militarismus der Welt.

Das uns oft als Vorbild hingestellte Oesterreich, dessen sozialdemokratische Partei wir sicher in vielem bewundern, hatte als Kleinstaat mit einer einzigen Riesengemeinde nicht entfernt die unendlich verwickelten Probleme vor sich, die Deutschland zu überwinden hatte.

Und doch ist richtig: es fehlte uns nicht erst seit der Revolution, sondern seit dem 4. August, als zum ersten Male ungeheuer groß die Frage der Verantwortung für Sein oder Nichtsein Deutschlands vor uns emporwuchs, an einem einheitlichen, entschlossenen, von der Glut einer Ueberzeugung getragenen Parteiwillen. Seitdem hinderte uns ein dauernder Zwiespalt, der auch nach der Trennung in mehrere Parteien noch in uns forttraß und nach der Wiedervereinigung mit den „Unabhängigen“ eine Zeitlang uns beinahe vollkommen lähmte. Das war das üble Jahr, in dem wir entweder nicht wußten, was wir wollten, oder wenn wir es wußten, die Tat nicht wagten, weil es angeblich die Partei nicht ertrüge. Diese Unsicherheit, die im letzten Viertel des Jahres 1923 wahrhaft groteske Sprünge machte, hat uns mehr geschadet als viele früheren Fehler und manches Versagen zusammen.

Es fehlte uns am Willen zur Macht in diesem Staatswesen Deutschland. Ich übergehe die Kriegsjahre, obwohl in ihnen — anders als unsere „oppositionellen“ Genossen meinen — die Wurzeln zu unserer lauen Politik nach dem November 1918 gelegt wurden. Aber wie war es nach der Umwälzung? Statt des Willens, den größten politischen Fortschritt in einem Jahrhundert deutscher Geschichte zu nutzen, statt der Freude an der Macht, statt der Festigkeit des Regierens, kam sofort in zwei, drei sozialistischen Gegen-

parteien das Nörgeln an der „formalen Demokratie“, die wir ein halbes Jahrhundert erstrebt hatten, das Experimentieren mit lächerlich theoretischen Räteverfassungen, das mutlose Zurückweichen vor der unvermeidlich festen Handhabung einer starken Staatsgewalt, die Unlust an der Nationalversammlung und, was dann wie ein Verhängnis über den kommenden Jahren lag: das Plätschern in der leicht gekräuselten Binnensee innerer Politik, während draußen in schwerster See auch der deutschen Arbeiterklasse Schicksal zu scheitern drohte. Gewiß sahen viele von uns, was wirklich vorging, aber der hemmungslose, unverantwortliche Wettbewerb von weiter links wühlte sich rasch tiefer in unsere eigene Reihen. Damals begann das Unsicherwerden auch sozialdemokratischer Massen an den „Errungenschaften der Revolution“. In Versammlungen, Presse und Betrieben wurden politische Ideale, für die die große Seele eines Lassalle sich entflamte und der Führer Ludwig Frank in den Tod ging, verhöhnt und vereckelt, bis der Wille zermürbt war, der mit festen Fäusten sie hätte schützen müssen. Statt den Massen zu sagen, daß im Oktober und November 1918 ein politisch Neues und trotz allem Großartiges in die deutsche Geschichte gekommen sei, das nun von uns in langer zäher Arbeit mit sozialem und demokratischem Inhalt erfüllt werden müsse, wurde von Leuten ohne Schwung und ohne Glauben in allen Bierlokalen die Frage hämisch „ventiliert“: „Ja, was hat uns denn die sogenannte Revolution eigentlich gebracht?“ und prompt mit: „Nichts!“ beantwortet. Eine „Erkenntnis“, die inzwischen bekanntlich auch die Grundlage völkischer Politik geworden ist. Mittlerweile haben sich freilich mancher und manches geändert, die meisten und das meiste zu spät. Man darf rückschauend fragen: Wie stände die Partei und die deutsche Republik heute wohl da, wenn im Winter 1918/19 alle diejenigen, die nun nicht mehr um Koalitionspolitik, um Demokratie oder Räteystem sich streiten, die deutsche Arbeiterklasse so einig geführt hätten, wie sie jüngst in Berlin gemeinsam die Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien als eine taktische Zweckmäßigsfrage bezeichnet haben.

Wenn ich den Sinn des Berliner Parteitages recht verstehe, so ist es der: wir wollen die demokratischen Formen dieses Staates mit aller Kraft schützen gegen den Rückfall in halbabsolutistische Verfassungen und gegen den Raub durch Diktatoren; wir wollen stark werden, den Willen dieses Staates selbst zu lenken und, solange wir nicht stark genug sind, bereit sein, Koalitionen einzugehen, die dem demokratischen und sozialen Fortschritt dienen. Jedenfalls, und das ist das wesentliche, hat der Parteitag die Verfassung der Demokratie als den besten Boden für die Entwicklung der Klassenkämpfe der Arbeiterklasse und deren Aufstieg zur politischen Macht und zu sozialistischen Gesellschaftsformen anerkannt. Die Partei muß nun diesem Beschluß in ihrer Presse, in ihrer Werbearbeit, in ihrer Politik bis in alle seine Konsequenzen folgen. Natürlich ist „Demokratie“ vieldeutig und an Gestaltungsformen reich, natürlich wird niemand von uns bestreiten, daß die Paragraphen von Weimar entwicklungsfähig sind, natürlich beschäftigt uns alle die Verfälschung des in der Demokratie zum Ausdruck kommenden Massenwillens durch die Mammutkapitalisten, aber für die absehbaren Ziele unserer Politik bietet uns die gegenwärtige Verfassung auch genug Bewegungsfeld. Darum müssen wir alle Zweifel suchen an dem Werte der Demokratie für die Arbeiterklasse zurückdrängen durch den Willen zur Macht in der Demokratie.

Ueber die Politik der englischen Sozialisten erlaube ich mir kein Urteil. Sie scheint sich aber von der vieler deutschen Sozialisten in den letzten Jahren auch dadurch zu unterscheiden, daß sie unbeirrt dem Ziele zustrebt, mit den Mitteln der demokratischen britischen Verfassung zur demokratischen Herrschaft über das

Reich zu kommen. Im Augenblick des Erreichens der ersten Staffeln zur politischen Macht hat dann die Labour Party nicht theoretisiert über „formale“ oder „sozialistische“ Demokratie, hat sie keine Rätephantasien entwickelt, hat sie sich nicht mit Abscheu von dem ausgezeichneten britischen Heere und mit Grausen von Seiner Majestät ruhmvollen Flotte gewendet, hat sie sich nicht überlegt, ob es mit ehrwürdigen sozialistischen Ueberlieferungen vereinbar ist, eine Uniform anzuziehen, haben ihre Führer sich nicht geziert, etliche Höflichkeiten und Zeremonien über sich ergehen zu lassen, man hat sich breitbeinig auf das Inselreich gestellt und zugespuckt. Aber auch dabei läßt man die Wirtschaft zunächst beiseite, sintemalen es schließlich zurzeit noch leichter sein dürfte, in kurzer Frist eine leidliche Uebereinstimmung zwischen England und Frankreich und Deutschland herbeizuführen, als etwa die Kohlengruben oder die Textilfabrikation zu sozialisieren. Eins nach dem anderen. Wir werden das auch in Deutschland noch lernen.

Jedenfalls dürfen wir uns nicht damit trösten, daß die Massen die Wichtigkeit der politischen Demokratie schon besser begreifen werden, wenn sie erst einmal das wirtschaftliche Elend nicht mehr so stark preßt und ihnen alle Freude am Staate und alles Vertrauen in das Wahlrecht nimmt. Es könnte zu lange dauern, bis es allgemein besser wird. Den Massen, die 1919 und 1920 gegen die Demokratie rebellierten, ist es wirtschaftlich besser gegangen, als etlichen Millionen sozialdemokratischer Wähler im Jahre 1924. Diese Schichten haben damals sich erhoben, weil sie durch formale Aenderungen in der Wirtschafts- und Staatsverfassung sich Wunderdinge für die Besserung ihrer Lage versprochen. Die Sozialdemokratie, überzeugt, daß sie die Produktion und die Staatsordnung nur zu stören befähigt seien, hat sich ihnen entgegengeworfen, und sie wird in Zukunft erst recht nicht von dumpfen Empörungsgefühlen, die gewiß viele traurige Ursachen haben, ihre Politik bestimmen lassen dürfen. Sie wird, worüber wir uns ganz klar sein müssen, vorübergehend auf die Nur-Unzufriedenen verzichten und sich dafür Neuland erschließen müssen. Viele der reinen politischen Toren und Gewaltstürmer werden erst durch Schaden und Enttäuschungen für uns reifgemacht werden können.

Wir müssen mutig bekennen, daß der Klassenkampf auf dem Boden einer demokratischen Republik sich politisch im wesentlichen in Reformarbeit vollzieht. Solange die demokratischen Rechte bestehen und ihre Ausübung nicht behindert wird, was wiederum sehr stark von uns abhängt. Gute Reformen bringen uns den revolutionären Zielen des Sozialismus näher als alle lärmenden Aktionen. Warum benutzen wir zum Beispiel die Bodenfrage nicht nur zu einem parlamentarischen Antrage, der monatelang in den Drucksachenlagern des Reichstages schlummert, sondern, verbündet mit einem umfassenden Wohnbauprogramm, zu einer großen aufrüttelnden Volksbewegung? Wir würden Wunder an Werbekraft gerade in geistig und sittlich sehr wertvollen Volksschichten erleben. Wobei einzuschalten ist, daß nach meinen Beobachtungen die Sozialdemokratie in den jüngsten Jahren sich meist dort am besten gehalten hat, wo die vom Elend bedrohten Massen sich durch eigene Bodenbenutzung vor dem Hunger retten konnten und nicht der dumpfen Hoffnungslosigkeit verfallen mußten. Mit Menschen, die dauernd und durch Generationen nur in Großbetrieben und in Mietskasernen ihr Leben verbringen, ist überhaupt keinerlei aufbauende Politik zu betreiben. Wer den Sozialismus als eine ganz große kommende Revolution erlebt, als eine gewaltige Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft, als eine unendliche Vertiefung der Seele, muß beim Anblick der verkümmerten Brüder und Schwestern in unseren verfluchten Großstädten und Industriehöllen erkennen: so kommt der sozialistische Mensch uns nicht. Wer

die sozialistische Gesellschaft noch so fern sieht, wie wir, muß die Kämpfer für dieses Ideal so ausrüsten, daß ihnen nicht lange vor dem Ziele Kraft und Glauben schwinden. Wenn aus vielen äußeren und inneren Gründen große industrielle Sozialisierungen nicht möglich sind, so gibt es keine unübersteigbaren Hindernisse gegen eine Veredelung und Verwurzelung des Industriemenschen durch den Acker.

Seit dem Berliner Parteitag ist die Sozialdemokratie an Namen und Gehalt wieder die Sozialdemokratie. Sie hat unter Ablehnung aller Konzessionen an proletarische Diktatur und ähnliche inhaltlose und verworrene Schlagworte sich fest zu dem Willen bekannt, die Republik von Weimar nicht nur zu schützen, sondern sie sozial und demokratisch zu entwickeln. Dieser Gedanke ist so umfassend, daß er alle erreichen und bewegen kann, die über dieses barbarische Zeitalter hinaus zu sozialistisch organisierten Gesellschaftsformen streben. Wir müssen unsere Türen weit aufreißen und jeden einspannen, der mit uns die seit dem Krieg doppelt geschlagenen und gesunkenen Volksmassen ein Stück höher ziehen will. In dieser Arbeit mögen wir neue, weit in die Zukunft schauende Theorien finden. Für die drängendsten Aufgaben aber fordert die Gegenwart stürmisch und drohend ihr Recht.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Von Fritz Koch

Schon 1919 wurde versucht, Organisationen zum Schutze der Republik zu gründen. Republikanische Frontkämpfer-Vereine entstanden hier und dort, ohne jedoch größere Massen für sich zu interessieren. Auch der republikanische Führerbund verschwand bald nach dem Kapp-Putsch aus der Öffentlichkeit. Die Absichten der politischen Parteien, innerhalb der eigenen Reihen Sicherheitsabteilungen zu bilden, gelangen nur in einzelnen Bezirken. Die Ursache für solch Nichtgelingen lag hauptsächlich darin, daß die Mehrheit des deutschen Volkes durch die Erfahrungen des Krieges grundsätzlicher Gegner jeder militärischen Unternehmung geworden war. Zum andern unterschätzte die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, die an nichts weniger interessiert ist, als an monarchistischen Putschen oder gar daran, Untertan der Herren Hergt und Graefe zu werden, die auf Zertrümmerung der Republik und Vergewaltigung der Demokratie tatsächlich eingestellten Versuche der kompakten Reaktion. Es bedurfte erst zahlloser Belehrungen, frecher Angriffe und dreisterer Drohungen, ehe der Widerstandswille der bis dahin unpolitischen Massen erwachte. Da kam der 9. November 1923, der Marsch auf Berlin, und zeigte dem deutschen Volke mit erschreckender Deutlichkeit, wohin der Weg führen mußte, wenn nicht der Versuch gemacht wurde, mit allen Mitteln die Putschisten zu bekämpfen. Der Münchener Gewaltstag zeigte weiter, daß mit Hilfe geistiger Aufklärung allein die Republik nicht geschützt werden konnte. Endlich erwachte die

deutsche Nation. Ganz aus sich selbst heraus entstanden in größeren Industriebezirken Abwehrorganisationen, die wie die bisherigen Kampfverbände der Republikfeinde auf militärischer Grundlage aufgebaut waren. So entstanden der „Neue Stahlhelm“ in Niederschlesien, der „Republikanische Frontkämpferbund“ in der Niederlausitz und ähnliche Organisationen mehr. Späte, aber noch nicht zu späte Erkenntnis, daß die hartnäckigen und tückischen Gegner der Republik demnach nur mit den Mitteln bekämpft werden können, mit denen sie die Republik angreifen, hat diese Organisationen republikanischer Wehrhaftigkeit aus dem Boden gestampft. Die politischen Parteien warteten zunächst ab. Erst Anfang Januar dieses Jahres änderte sich das. Die Provinz Sachsen hatte eine starke republikanische Organisation auf militärischer Grundlage errichtet, und der Oberpräsident Hörsing als deren Leiter berief Ende Februar eine Konferenz, die aus allen Bezirken des Reiches beschickt wurde. Auf dieser Konferenz wurde das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ geschaffen. Die Organisation ist in 32 Gaue gegliedert. Magdeburg wurde zum Sitz der Bundesleitung gewählt, Oberpräsident Hörsing zum 1. Vorsitzenden. Die Gauleitungen wurden nach der Konstituierung von der Bundesleitung bestätigt, damit einheitliche Arbeit im ganzen Reich gesichert ist. Innerhalb der Gaue werden Kreise gebildet mit Kreisleitungen in den Kreisvororten.

Die auf dieser Grundlage gebildete Organisation nahm über alles Erwarten einen riesigen Umfang an. Der Mitgliederzuwachs konnte nicht bewältigt werden. Monatelang mußten Neuangemeldete auf Benachrichtigung warten. Es war einfach nicht möglich, mit den vorhandenen Kräften auszukommen. Die Zuschriften, die wir aus allen Kreisen der Bevölkerung erhielten, atmeten eine Begeisterung für unsere Sache, die unseren Bund zu den größten Hoffnungen berechtigen kann. Man hat erkannt, worauf es ankommt: die Bevölkerung für die Farben der Republik und den republikanischen Staatsgedanken zu gewinnen und in die Jugend Begeisterung für die Republik zu tragen. Dadurch sind sie den völkischen Mörderorganisationen zu entziehen. Das ist mehr wert, als wilde, gewalttätige Handlungen zur Bekämpfung des Fascismus. Der Bund wird die Aufgabe haben, die Behörden der Republik, die Reichswehr und die Schupo, gegen alle antirepublikanischen Kundgebungen zu unterstützen. Das Feiern republikanischer Tage wird ein starkes Gegengewicht gegen die „Deutschen Tage“ der nationalistischen Verbände werden, und der deutschen Republik im Ausland das Vertrauen verschaffen, welches das deutsche Volk braucht, damit die jetzt eingetretene Wendung in der Außenpolitik von Dauer sein kann.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben muß unsere Organisation eine straffe Leitung haben, der sich alle Glieder der Organisation in freiwilliger Disziplin unterordnen. Im Dienst der Republik kann persönliche Streberei nicht geduldet werden und Veranstaltungen,

welche nicht in den Rahmen unserer Organisation gehören, nicht unternommen werden. Die republikanischen Organisationen können keine Massenbewegungen werden, wenn die an der Spitze stehenden Personen die Sache nicht von der Persönlichkeit zu unterscheiden vermögen. Wir werden rücksichtslos alle diejenigen, die glauben, die Organisation als Sprungbrett zu irgendeiner Laufbahn benutzen zu können, aus unseren Reihen ausscheiden. Nur so wird es möglich sein, unser „Reichsbanner“ als Republikerschutz groß und stark zu machen, es zu einer Macht werden zu lassen, mit der jeder Feind der Republik ernstlich zu rechnen hat.

Der Aufschwung der bisherigen Bewegung zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Von unserer Stärke kann sich jeder ungefähr ein Bild machen, wenn er den Bericht der Gauleitung Berlin-Brandenburg sieht, aus welchem hervorgeht, daß seit Anfang Mai in der Provinz Brandenburg täglich durchschnittlich vier Ortsgruppen neu gegründet werden, und bisher in Brandenburg über 400 Ortsgruppen entstanden sind. Es gibt Ortschaften, wo fast sämtliche Männer des Ortes Mitglieder geworden sind. Ich glaube mich keiner Uebertreibung schuldig zu machen, wenn ich behaupte: im Jahre 1925 wird es in Deutschland eine fascistische Bewegung nicht mehr geben. Der republikanische Gedanke wird vielmehr in der Mehrheit der Bevölkerung so fest verankert sein, daß kein Ansturm mehr auf die Grundfesten der friedfertigen Republik Deutschland mehr gewagt werden wird.

Im schwarz-rot-goldenen Kampfwagen

Von Robert Breuer

Am Rathenau-Tage hat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zum erstenmal der Reichshauptstadt gezeigt, daß es keine hohlen Worte waren, die Paul Löbe im neuen Reichstage gesprochen hatte: binnen wenigen Wochen werden die Republikaner den verfassungswidrigen Umtrieben der Monarchisten, Hakenkreuzler, Pogromisten und Putschisten aller Art eine schlagfertige Abwehrtruppe, eine gewaltige Macht zum Schutze der Republik entgegenstellen können. Nun ist es soweit. Für Berlin war der Rathenau-Tag die erste Generalprobe. Aus allen Vierteln der Stadt kamen die Lastautomobile, trafen sich und schlossen sich zu langer, ganze Straßenzüge übergreifender Reihe zusammen: eine rollende Phalanx von Männern und Jünglingen, von Kriegserprobten und Kampfwilligen, Tausende unter einem Wald von schwarz-rot-goldenen Fahnen — die Wagenburg der Republik. Jeder dieser Kampfwagen gehorchte einem Führer; die Disziplin war vollkommen. Die einheitliche Uniform

war nur eine Versinnbildlichung des Geistes, der diese Männer und Jünglinge beseelt.

Für diesmal war es nur eine Parade, eine Trauerparade für Walther Rathenau. Für eines der Opfer des verwilderten, zum Banditismus entarteten Militarismus, dem die endlich erwachte Entschlossenheit des Volkes die freiwillige Miliz der Republik entgegenstellt. Den Krieg vorbereiten, heißt den Frieden sichern. Die nationalen Putschisten kennen dies Wort und werden es wahrscheinlich schätzen. Nunmehr sollen sie danach behandelt werden. Die Kampfwagen, die zur Rathenau-Parade fahren, mögen eine erste, aber ernste Warnung sein. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold marschiert; sein Marsch ist unaufhaltsam. Schon sind Hunderttausende eingeschrieben, bald werden es Millionen sein. Wer sich dem Banner entgegenstellt, wer Republik und Verfassung verbrecherisch gefährden will, wer die Mehrheit des deutschen Volks vergewaltigen möchte, wird die Wucht der republikanischen Schutzwehr schnell und empfindsam zu spüren bekommen. Der Spuk der Hakenkreuze und der schwarz-weiß-roten Kokarden muß und wird verfliegen. Auf einen Korsaren setzen wir anderthalbe und auf einen Stahlhelm ein Dutzend. Wenn es sein muß, so sind wir fest entschlossen, den Moskowiten zu zeigen, wie töricht es ist, wenn sie uns verkappte Fascisten heißen. Aber auch die Moskowiten selbst werden, wenn sie es haben wollen, schneller vielleicht als ihnen angenehm ist, erfahren, daß die Zeit vorbei ist, wo die Demokratie niedergeknüppelt werden konnte.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist keine Angelegenheit der Sozialdemokratie, keine Angelegenheit der Parteien. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist die Rettung der Republik, die Sicherung der Demokratie, Niederlage für alle Feinde der Verfassung und scharfer Schutz für alle, die ehrlich und friedlich innerhalb der Volksgemeinschaft die Vielfältigkeit der deutschen Art sich entwickeln und ausreifen lassen wollen.

Auf der Hinfahrt quer durch die City, mitten durch die Arbeiterviertel, durch die Vorstädte der geballten Industrie gab es gewaltiges Aufsehen. Dieser wandernde, rollende Wald von Reichsflaggen war etwas Ungewohntes. Staunend blieben die Leute stehen, und auch dann begriffen sie noch nicht ganz, wenn von den Wagen das Hoch auf die Republik machtvoll schallte. Die Rückfahrt zeigte ein ganz anderes Bild. Kilometerlang stand die Bevölkerung Spalier, grüßte die Fahne, antwortete dem Hochruf, war mit ihrem Herzen bei der republikanischen Wagenburg. Das Reichsbanner ist durch diese Parade, die der Totenehrung Rathenaus galt, neu und stark, in weiten Vierteln Groß-Berlins aufgepflanzt worden.

Es wurde schon dunkel, als der Marsch zum Grabe Rathenaus beendet war. Neben den rollenden Kolonnen waren große Scharen

zu Fuß gekommen. Alle wußten, was sie wollten. Solch Wissen und solch Wollen war der Rhythmus, nach dem dieser Marsch sich vollzog. Schwarz-rot-golden war die Luft um den Sarkophag des Märtyrers. Die Geschichte weiß, was Märtyrer leisten.

Die republikanischen Massen, die sich unter dem Reichsbanner zusammenfinden, wollen solcher Geschichtserfahrung neue Bestätigung geben.

Als die Wagen zurückfuhren, brannten die Fackeln. Die fliegenden Flammen warfen gewaltige Schatten auf Straßen und Häuser. Die Fahnen rollten in Wellen, die Motore brausten, und tausendfach donnerte der Ruf auf die Republik. Das war nicht mehr eine Demonstration, das war eine Tat. Den Landschädlingen: ein wildes Heer. Denen, die die Republik wollen: ein gute Wehr und Waffen.

Die Jungmannschaften des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Von Arno Scholz

Heute gibt es nur eine Meinung: Es ist allzu sehr verabsäumt worden, für die Republik und die Weimarer Verfassung zu werben. Die Republikaner schienen darauf verzichtet zu haben, durch irgendwelche politische Kundgebungen oder feierliche Schaustellung republikanischer Abzeichen die republikanischen Ideen in das Gefühlsleben der Massen einzufiltern.

Schmucklos und schlicht waren all die Feiern, die Republikaner veranstaltet haben. Sonn- und Feiertage waren der Republik nicht beschieden. Tage der massiven Sammlung aller Republikaner zu wichtigen Meetings sehr selten.

Erst nachdem einige republikanische Parteien, an deren Spitze die Sozialdemokratie und mit ihr die Arbeiterjugend republikanische Feiern veranstalteten, wurde auch der Gedanke wieder in Erwägung gezogen, der Republik einen allgemeinen, das ganze Land überstrahlenden Feiertag zu geben. Ernste, wie jungfrohe Feiern, die unter den schwarz-rot-goldenen Farben für die republikanischen Gedanken werben sollten, wurden zuerst von der Jugend veranstaltet. Der zweite Reichsjugendtag der Deutschen Arbeiterjugend in Bielefeld war erste Sammlung wirklich und wahrhaft überzeugungstreuer Anhänger. Von der Sparrenburg zogen im Flammenmeer unzähliger Fackeln die Jungrepublikaner durch die Straßen Bielefelds; überall stürmisch begrüßt, demonstrierten sie gegen Krieg und Militarismus unter der Parole: „Nie wieder werden wir eure Soldaten!“ Der Bielefelder Fackelzug war der erste Aufschrei der Jugend, die noch an ihren Kriegswunden blutete. Von den Höhen der Sparrenburg, in der Nähe des später besetzten Ruhrgebiets, hat auch das Ausland zum ersten Male des neuen Deutschlands Schrei nach Frieden und Freiheit vernommen. Zum zweiten Gedenktage der Annahme der Verfassung war es wieder die Jugend, die in begeisterndem und mitreißendem Zuge leuchtender Fackeln durch den Norden Berlins zog. Viele tausende begeisterter Anhänger des neugeschaffenen jungen

Staates zogen zum Staatstheater, um hier, im Repräsentanten der Republik, diese selbst zu ehren. Von allen Feiern dieses Verfassungstages — und es waren nicht wenige — war die überraschendste und eindrucksvollste die der Jugend. Was an langen Heimabenden, durch Vortrag und Diskussion gewachsen war, kam begeisternd zum Ausdruck: Die Erkenntnis von der Tiefe und Gerechtigkeit und der Wirkungskraft des demokratischen Gedankens. „Die Republik,“ so waren die Worte des Reichspräsidenten Ebert, „hat ihre besten Tage und ihre Zukunft, wenn die Jugend bei ihr steht!“ Am Tage der Ermordung Rathenaus verwandelte die Jugend ihr flackerndes Sonnenwendfeuer in ein Flammenzeichen ernster Einkehr, stiller Gedenkstunde an den großen Toten. Würdige Verehrung des Besten, den die Republik verloren hat. Ein Jahr später zog die Jugend zum ersten Male in geschlossenem Zuge zum Grabe Rathenaus.

Die Jugend hat auch in Zeiten ernster Bedrängnis des republikanischen Gedankens tapfer ihren Mann gestanden. Die langen Totenlisten der Gefallenen aus den Tagen des März- und des Kapp-Putsches führen die Namen vieler, die aus der Jugendbewegung in die Reihen der Älteren eingetreten waren, um zu kämpfen und zu fallen.

Die Aktivität der Rechtsradikalen, der feste Wille aller der Republik feindlich gesonnenen Parteien, bewaffneten Widerstand gegen die Republik zu organisieren, war für die Jungrepublikaner Veranlassung, sich zum Schutz für den republikanischen Staatsgedanken fester zusammenzuschließen. In unzähligen Kundgebungen hat die gesamte republikanische Jugend dem jungen Staat einmütig ihr Treubekenntnis abgelegt, und als die Tage ernster wurden, reihte sich in die Schutztruppe der Republik auch die Jugend mit ein. In München und Nürnberg, vorher schon in Oesterreich, trat die Jugend in die Reihen des republikanischen Selbstschutzes ein.

Die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold war für die Jugend Veranlassung, Jungmannschaften zu gründen. Ueberall, in jeder Stadt, in jedem Dorf traten die Jungrepublikaner zusammen zur Gründung der Jungmannschaften des Reichsbanners. Die Republik braucht zur Verteidigung jeden Mann; mehr noch braucht sie zur Vertiefung, zur Weiterentwicklung und zu ihrem Ausbau die heranwachsenden Kräfte der Jugend. Die Jungmannschaften stellten sich als Aufgabe: Alle republikanischen Jugendorganisationen zum Abwehrkampf gegen alle Feinde des republikanischen Gedankens zusammenzuführen. Neue Kräfte zu werben. Systematische Erziehung aller zum republikanischen Gemeinschaftsgedanken und zum wahrhaften republikanischen Staatsbürger. Die republikanische Jugend hat gezeigt, daß in ihren Reihen Eigendisziplin und Einigkeit herrschen, ohne daß sie durch Militärverbildungsanstalten gegangen ist. Die Jugend will wissen lassen, daß sie, trotz scharfer Kundgebungen gegen den Krieg, aus Begeisterung für die Idee der Republik Angriffe auf die Republik auch wehrhaft zurückzuschlagen gesonnen ist.

Die Republik hat lange gewartet. Der Unmut über die unerträgliche Toleranz, die von den Republikanern geübt wurde, nicht weniger die Dreistigkeit der Rechts- wie Linksradikalen hat den Republikanern endlich Entschlossenheit gegeben.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold kämpft mit den gleichen Waffen, mit denen die Republik angegriffen wird. Wann und wo auch immer solch Kampf erforderlich sein wird, — die Jugend wird dabei sein.

Nationalistische Organisationen und Außenpolitik

Von . . .

In dem Schreiben, das Herriot und Mac Donald am 22. Juni bei ihrer Zusammenkunft in England gemeinsam an den Reichskanzler gerichtet haben, wird zum Ausdruck gebracht, daß die Entente in der nationalistischen Bewegung in Deutschland, insbesondere in den zahlreichen nationalistischen Organisationen eine Gefahr für den Frieden erblicke. In dieser Gefahr wird ein Argument für die Notwendigkeit der Annahme der Entwaffnungsnote der Entente gefunden. In der Note aus Chequers heißt es wörtlich: „Gleichzeitig erhalten wir die beunruhigenden Berichte über die unausgesetzte und zunehmende Aktivität der nationalistischen und militaristischen Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen treffen, um in Europa neue bewaffnete Konflikte hervorzurufen. Diese Berichte sind zu zahlreich und zu substantiiert, als daß man sie vernachlässigen könnte.“

Um diese Äußerung richtig zu bewerten, muß man berücksichtigen, daß der Kriegsminister im Kabinett Herriots Nollet heißt. General Nollet hat als Chef der militärischen Ueberwachungskommission seit vier Jahren die innerpolitische Entwicklung in Deutschland mit angesehen und hat die Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben gewiß nicht nur den rein technisch militärischen Dingen, sondern den Fragen der nationalen Organisationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es ist selbstverständlich, daß die Tätigkeit solcher Ueberwachungskommissionen, die eine Folge der Durchführung des Friedensvertrages sind, in Deutschland als peinlich empfunden wurde und empfunden wird. Das kann nicht daran hindern, mit der Tatsache zu rechnen, daß diese Kommissionen gearbeitet haben, und daß sie über gewisse Verhältnisse in der nationalistischen Bewegung vermutlich besser unterrichtet sind, als der größte Teil der deutschen Oeffentlichkeit. Freilich muß nun nach dem Wortlaut der oben zitierten Äußerung angenommen werden, daß man die Macht und die Bedeutung dieser Verbände doch stark überschätzt. Wenn aber das Schreiben, das die Unterschriften Herriots und Mac Donalds trägt, auf die Organisationen der nationalen Bewegung in Deutschland besonders hinweist, so hat die deutsche Oeffentlichkeit alle Ursache, dieser Frage selbst ihre Aufmerksamkeit zu widmen.

Seitdem durch das Ultimatum am 15. Mai 1921 von der Entente die Auflösung der „Orgesch“ und einzelner Freikorps (die von der Reichsregierung durch die Entscheidung vom 10. Mai 1921 damals zugestanden wurde) gefordert wurde, hat sie die Entente zwar mit der Entwaffnungsfrage, nicht mehr aber mit der Frage der Organisationen beschäftigt. Nach Ausbruch des Ruhrkrieges hat die Ueberwachungskommission ihre Arbeit eingestellt. Dafür aber, daß das Ausland über die Tätigkeit unserer angeblich „nationalen Verbände“ hinreichend unterrichtet wurde, haben diese Verbände selbst gesorgt. Im Laufe des Jahres 1923, besonders aber im Laufe der letzten Monate, sind die verschiedenen deutschen nationalistischen Verbände so oft mit Veranstaltungen und Kundgebungen an die Oeffentlichkeit getreten, daß es nicht erstaunlich ist, daß sie die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich gelenkt haben. Es sei nur an die verschiedenen deutschen Tage erinnert, die im Laufe des Jahres 1923/24 an den verschiedensten Plätzen stattgefunden haben und die immer mit Massenversammlungen, großen Reden und Vorbeimärschen geschlossener Vereinsgruppen ausgefüllt waren und an denen sich Nationalsozialisten und ähnliche Verbände in Bayern, in Norddeutschland und Mitteldeutschland, vor allem

der Stahlhelm, der Werwolf, der Jungdeutsche Orden, der Wikingbund, der Bismarckbund und kleinere Bünde beteiligten. Der Deutsche Tag in Halle, unter dem Protektorat Ludendorffs und einiger Hohenzollernprinzen, hat zuletzt noch einmal das Musterbeispiel einer solchen Veranstaltung im größten Ausmaß gezeigt. Reden, Berichte, Bilder von diesen Veranstaltungen sind in allen Zeitungen und illustrierten Blättern verbreitet worden, zum Teil sind sogar besondere Erinnerungshefte erschienen, die in Bild und Wort alle Vorgänge dieser Tage bis in alle Einzelheiten hinein schildern.

Endlich sind in den letzten Monaten öffentliche Erklärungen, Kundgebungen, Beschlüsse dieser Verbände zu innen- und außenpolitischen Fragen zu einer ständigen Erscheinung im Bilde der Zeitungen geworden.

Die Kundgebungen zu den wichtigsten außenpolitischen Fragen waren meist ohne jedes Verständnis für die Weltlage und ohne jede Rücksicht auf die tatsächliche Situation Deutschlands im Stil und in der Redeweise der alten kaiserlichen Zeit abgefaßt. Trotz dieses anmaßenden Auftretens in der Öffentlichkeit waren die Verbände gegen Angriffe immer sehr empfindlich und suchten sich immer als die berufenen Hüter der nationalen Güter innenpolitisch wie außenpolitisch hinzustellen.

Als die „Vossische Zeitung“ vor einiger Zeit eine Zusammenstellung der rechtsradikalen Verbände gebracht hatte, antwortete der „Jungdeutsche Orden“ in einer in der „Kreuzzeitung“ veröffentlichten Kundgebung folgenden Wortlauts:

„Veröffentlichungen, wie diejenigen der „Vossischen Zeitung“ über Geheimorganisationen in Deutschland, stellen nach Ansicht des Jungdeutschen Ordens nicht nur eine auf der Hand liegende Sabotierung der deutschen Interessen in außenpolitischer Hinsicht dar, sondern sind auch geeignet, den Gegenstand des völkischen Deutschlands zu den hinter der „Vossischen Zeitung“ stehenden international orientierten Kreisen zur Siedehitze der Erbitterung zu steigern. Der Jungdeutsche Orden macht die verantwortlichen Stellen der Regierungen nachdrücklich darauf aufmerksam, daß Veröffentlichungen, wie die hier gekennzeichnete der „Vossischen Zeitung“, geeignet sind, die Ruhe und die öffentliche Ordnung in Deutschland zu gefährden und nicht anders von den Regierungen behandelt werden dürfen als Ausführungen, die in diesen Tagen zum Verbot der „Deutschen Zeitung“ und der „Roten Fahne“ geführt haben.“

Gleichzeitig erklärte der Jungdeutsche Orden aber selbst in der offenerzigsten Weise, daß er nicht 100, sondern 7000 Ortsgruppen besitze, daß also die von der „Vossischen Zeitung“ angegebene Gesamtstärke von 100 000 Mitgliedern nur ein kleiner Bruchteil seiner tatsächlichen Mitgliederzahl sei. Der Jungdeutsche Orden steht also auf dem Standpunkt, daß alle Nachrichten über die vaterländischen Organisationen dem außenpolitischen Interesse des Reiches schaden. Es ist erstaunlich, daß bei dieser Auffassung der eigenen Bedeutung der Jungdeutsche Orden sich nicht abhalten läßt, sich mit großem Aufgebot an den Aufmärschen an den verschiedenen Deutschen Tagen zu beteiligen. Einige Tage vorher war in der „Deutschen Zeitung“ über eine Versammlung des Jungdeutschen Ordens in Goslar berichtet worden, in der der General Märker über die deutschen Kolonien sprach. In der Notiz heißt es: „Er stelle die Forderung auf, daß wir uns unsere Kolonien zurückholen müßten, nicht etwa durch papierene Noten und Proteste, sondern durch den Kampf mit dem Schwerte.“

Ein weiteres Beispiel für viele solcher Fälle: Die Vereinigten Vaterländischen Verbände veröffentlichten am 19. Mai (Dt. Ztg.) eine

Entschließung, in der sie ihre Empörung über das Verbot der Schlägterfeier in Berlin zum Ausdruck bringen. In der Entschließung heißt es: „Die Vaterländischen Verbände verlangen eine Regierung, die mit Entschlossenheit allen französischen Vernichtungsversuchen entgegentritt und unsere Ehre als Nation und Volk nicht antasten läßt.“

Ist es ein Wunder, daß die Vaterländischen Verbände durch solche Kundgebungen zu außenpolitischen Fragen die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich ziehen, und daß, wie wir in dem Schreiben von Mac Donald und Herriot sehen, diese Kundgebungen, verbunden mit den halb-militärischen Schaustellungen, im Ausland Befürchtungen erwecken müssen? Ganz unzweifelhaft wird der Wert dieser Erklärungen und Feiern im Ausland stark überschätzt. Man nimmt die Verbände viel zu ernst, wenn man den Verbänden irgendwelche militärische oder gar außenpolitische Bedeutung beimißt.

Die deutsche Regierung hat in ihrer Antwort auf die Entwaffnungsnote mit vollem Recht betont, daß die Mehrheit des deutschen Volkes den Gedanken an den Krieg ablehnt. Im übrigen ist auch aus ihren Kreisen, anlässlich der letzten Wahlen allerdings, ausdrücklich erklärt worden, daß sie nicht daran dächten, einen Krieg vorzubereiten. Anlässlich des Wahlaufufes der Reichsregierung in den ersten Tagen des Mai haben die Vaterländischen Verbände eine Gegenerklärung erlassen und gegen ihn protestiert, weil dieser Aufruf den Wählermassen die Möglichkeit eines neuen Krieges vortäusche, wenn die Rechtsparteien an die Regierung kommen. Dies sei eine unverantwortliche Irreführung, weil alle nationalen Führer sich bewußt seien, daß der Verzweiflungskrieg des wehrlosen deutschen Volkes aussichtslos ist.

Die deutsche Regierung ist durchaus im Recht, wenn sie in ihrer Note scharf unterscheidet zwischen denjenigen Organisationen, die rein sportlichen Zwecken und der Erziehung der Jugend dienen und zwischen anderen halb-militärischen Verbänden. Sie hat in ihrer Note die Zusicherung gegeben, daß sie sich ernstlich bemüht hat, „die Entwaffnung gewisser politischer Verbände, die mit den Turn- und Sportvereinen nicht verwechselt werden dürfen, rücksichtslos durchzuführen, so daß von einer ernsthaften Bewaffnung dieser Verbände nicht mehr die Rede sein kann.“ Diese Feststellung von seiten der Reichsregierung ist geeignet, auch innerpolitisch beruhigend zu wirken. Sie wird bestätigt durch gewisse Tatsachen, die sich anlässlich des Hitler-Putches in Bayern ergeben haben.

An die oben zitierte Äußerung der Vaterländischen Verbände gegen den Wahlaufuf der Reichsregierung hat der „Vorwärts“ s. Zt. mit Recht folgende Frage geknüpft:

„Ist es richtig, daß Deutschland nicht daran denken kann, einen Krieg zu führen, dann bedeuten die legitimen und illegitimen militärisch aufgezogenen Kampfverbände vom außenpolitischen Gesichtspunkt aus eine schwere Schädigung der deutschen Interessen. Sie haben überhaupt nur einen Zweck, wenn sie für innerpolitische Konflikte bereitgehalten werden, d. h. es sind Organisationen für den Bürgerkrieg und müssen deshalb mit allen Mitteln bekämpft werden.“

Die Vaterländischen Verbände, über deren eigentliche Bedeutung große Unklarheit herrscht und die zahlenmäßig sicher stark überschätzt werden, haben vor wenigen Tagen in einer Eingabe an den Oberreichsanwalt gefordert, daß alle Mitteilungen über Waffenfunde, die im Reichstag oder in der Presse gemacht werden, mit dem Tode zu bestrafen seien. In konsequenter Fortsetzung dieser ebenso törichten wie schädlichen Politik veröffentlichten diese Verbände jetzt einen Bericht über ihre Ver-

treterversammlung vom 30. Juni, in der über „die landesverräterische Zusammenarbeit der sozialistischen, demokratischen und pazifistischen Kreise Deutschlands mit dem feindlichen Ausland“ beraten worden war. Als Ergebnis dieser Vertretersitzung wurde angeblich die „planmäßige Verfolgung jedes Falles von Landesverrat und Spionage“ beschlossen. Diese Kundgebung ist ebenso dumm wie anmaßend. Die Verfolgung derartiger Vergehen ist Sache der Justizbehörden und nicht irgendwelcher privater politischer Organisationen. Gerade solche Kundgebungen sind in hohem Maße geeignet, das Mißtrauen des Auslandes gegen die nationalen Organisationen herauszufordern, da sie den Anschein erwecken, als ob Deutschland tatsächlich große Geheimnisse in militärischen Dingen zu verbergen hätte. Tatsächlich ist die Entwaffnung Deutschlands so weit fortgeschritten, daß, wie die Verbände ja selbst in der oben erwähnten Erklärung zugegeben haben, niemand im Ernst daran denken kann, daß Deutschland in absehbarer Zeit einen Krieg gegen moderne und wohl ausgerüstete Heere führen kann. Im Auslande wird verkannt, daß alle diese Organisationen, daß auch diese Kundgebungen vor allem innerpolitische Ziele verfolgen, die nicht nur den Zweck haben, innerpolitische Umtriebe gegen die Verfassung, gegen die Demokratie im Reiche zu decken. In leichtfertiger Weise schützen diese Organisationen außenpolitische Ziele und Absichten vor, um ihre innenpolitischen Geschäfte ungehindert betreiben zu können. Die nationalistische Hetze dient in erster Linie den innenpolitischen Zwecken. Das ist auch daraus zu ersehen, daß sie Hand in Hand mit Judenhetze betrieben wird.

Diese Tatsache wird in dem Bericht über die erwähnte Versammlung der Vaterländischen Verbände ganz besonders offensichtlich. Auf der Vertretertagung dieser Verbände wandte sich nämlich der sattsam bekannte Abgeordnete Geisler insbesondere gegen die neugeschaffene republikanische Organisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, die man damit auch außenpolitisch zu verdächtigen suchte, daß man behauptete, nach dem Willen ihrer Führer soll diese Organisation an die Stelle der Reichswehr treten. Das Reichsbanner ist eine reine Abwehrorganisation gegen die Gefahren, die durch die nationalistischen Verbände, innenpolitisch, bestehen. Außenpolitisch sind die nationalistischen Verbände ohne jede Bedeutung. Darüber darf auch ihr anmaßendes und lärmendes Auftreten und ihre Einmischungsversuche in außenpolitischen Fragen nicht hinwegtäuschen.

Die Reichsfarben sind die Volksfarben

Von Dr. März

Man muß einen Staat von außen betrachten lernen, nicht nur durch die Herzen diskreter Minister, denn die Staatsweisheit ist nicht die Volksweisheit. Die deutsche Republik wurde vor fünf Jahren gegründet. Sie ist in hungriger und verzweifelter Zeit erwachsen, auf Trümmer einer Vergangenheit, die nicht dem Volk, sondern der Dynastie gehörte. Die Republik hat nicht gesiegt, weil sie nicht gekämpft hat. Sie hat sich unter großen Opfern verteidigt. Es ist Zeit, daß sie einmal zum Angriff übergeht und ihre Hoheitszeichen ins Feuer schickt.

Von der Kreuzflagge Konstantins bis zum roten Stern und dem Rutenbündel Mussolinis waren Staatssymbole mehr als Aeußerlichkeiten. Sie taten Zeichen und Wunder, weil sie mit der ganzen Autorität einer neuen Gesinnung geladen waren. Als die Nationalversammlung den neuen Staat auch nach außen hin durch die neuen Reichsfarben dokumentierte, war der Träger dieses Beschlusses eine starke

Mehrheit. Die republikanischen Farben waren die alten deutschen Reichsfarben, noch mehr die Volksfarben, geheiligt durch den Befreiungskampf der Herwegh, Uhland, Jahn, durch die Revolution von 1848 und das Frankfurter Parlament.

Als naturgemäß gegen diese kluge und gewissenhafte Wahl der Nationalfarben der Kampf der entgötterten Rechten einsetzte, haben sich Reichsregierung und Verfassungsparteien nicht in die Sättel gesetzt und dafür gekämpft, sie haben nicht den neuen Staat, die Behörden und Verwaltungen waschecht gefärbt, um die Dauerhaftigkeit ihrer Verantwortung zu sichern, sondern haben mit einer peinlichen und beschämenden Zurückhaltung diese entscheidende Aufgabe behandelt. Man kennt die zahllosen Rechtfertigungen des Reichskunstwarts, daß sein Amt von dem maßgebenden Einfluß auf die Formgebung des Reichs ausgeschaltet sei. Was ist in den fünf Jahren der Republik geschehen, um den Apparat der Reichsbehörden auf die Arbeit zu neuer Formgebung des Reichs einzustellen? Die Antwort darauf dürfte wohl bei den meisten Ressorts in verzweifelter und unwilligem Kopfschütteln bestehen, denn die unpolitischen Reichsbeamten wollen ihr Gewissen mit einer Propaganda für die Reichsfarben nicht belasten. Nach dem Grundsatz, Gelegenheit macht Diebe, ist notgedrungen nach und nach, z. B. bei den großen Verfassungsfeiern, bei den Begräbnissen ermordeter Minister, repräsentative Gestaltung der republikanischen Staatsautorität versucht worden. Auch hier ist der Bericht des Reichskunstwarts aus dem Reichskalender 1924 von Interesse:

„Am 11. August 1921 wurde der Verfassungstag zum ersten Male von Seiten der Reichsbehörden gefeiert. Damals war die geschichtliche Bedeutung der Farben schwarz-rot-gold infolge des politischen Kampfes um die Reichsflagge noch wenig beachtet. Nur mit größter Vorsicht konnte durchgesetzt werden, daß das Pult, von dem aus der Reichskanzler sprach, das Wappen des Reichs erhielt: den rotbewehrten schwarzen Adler auf goldenem Grund, der die Wahl der Reichsfarben erklärt. Es mag als eine geschichtlich illustrative Erinnerung festgehalten werden, daß knapp eine Stunde vor Beginn der Feier dieser Adler wegen seiner Erinnerung an die bekämpften Farben noch entfernt werden sollte.“

In der Obhut dieses Geistes haben die neuen Reichsfarben ein Leben der öffentlichen Verachtung seitens der Gegner, der entsagenden Liebe seitens der Freunde und des peinlichen belustigenden Interesses der großen Massen geführt, die sich gewinnen lassen; so daß in der neuen Republik zwischen Schwarz-Weiß-Rot und Rot der Wechselbalg Schwarz-Rot-Gold meist nicht mitspielen durfte, und daß eine Kundgebung, wie die Aufhängung der Reichsfahne in der Halle des Reichstags, wie ein anarchistisches Attentat erschien.

Es ist eine Unterlassungssünde der Verfassungsparteien, daß sie der Bedeutung einer neuen amtlichen Formgebung zu wenig Beachtung schenkten, man glaubte, dies sei Sache der Regierung. Aber die Regierung, die nicht mehr der Staat war, lechzte nach Beschlüssen und Deckungen, einer berief sich auf den anderen und es blieb windstill. Selbst das Machtwort von Ministern versagte. Das Parlament hatte vergessen, daß es eine Volkssache und keine Regierungssache ist, wie sich der Staat nach außen einrichtet, denn ein Volk hat ein Recht darauf, daß seine Staatssymbole mit aller Kraft eines in hoc signo vinces ausgestattet werde. Aber der deutsche Reichsadler wurde in Gestalt von Richtern, Politikern und allen, die sich von Staats wegen hätten schämen müssen, zum Pleitegeier gemacht.

In letzter Zeit, wohl herausgefordert durch die beispiellose Nichtachtung der Opposition, hat eine fühlbare Schwarz-Rot-Gold-Bewegung eingesetzt, die sich darauf besinnt, daß diese Reichsfarben die Volksfarben sind im Gegensatz zu den dynastischen Farben schwarz-weiß-rot und daß man sie im Interesse der Volkswürde schützen müsse, wenn es die Regierung im Interesse der Staatswürde nicht tut. Es wäre eine Gewissenspflicht der Verfassungsparteien, jetzt einzugreifen und eine Arbeit nachzuholen, die fünf Jahre versäumt wurde: die Ausgestaltung der staatlichen Formgebung und die Lebendigmachung der Reichsfarben als Volksfarben. Die Durchführung der republikanischen Hoheitszeichen im behördlichen Leben muß sofort energisch in Angriff genommen werden. Die großen Reichsbetriebe: Post, Eisenbahn, Finanz sind die gegebenen Propagandastellen. Das Gebiet der amtlichen Graphik, Formulare und Urkunden, Siegel, Stempel, Wappen, Briefmarken, Banknoten bis zu den Zollhausbauten an den neuen Grenzen, den Bahnhöfen und Reichsbankbauten muß dem neuen Staatsgedanken dienstbar gemacht werden. Es wird ihm am besten dienstbar gemacht dadurch, daß zur Neugestaltung der nationalen Werte die besten Kräfte aus Wissenschaft, Kunst und Handwerk herangezogen werden und daß der Staat so Vorbilder schafft.

Vom Minister herab (ihre Autos sind zu privat!) bis zum Schaffner der Reichsbahn muß eine größere Freudigkeit im Bekenntnis zu den Reichsfarben verlangt werden. Die Regierung hat die Pflicht, unter dem Symbol der Reichsfarben ihre gesamte aufbauende Arbeit zusammenzufassen, einschließlich der Gesandtschaften und Konsulate im Ausland.

Bisher war es üblich, daß bei internationalen Sportveranstaltungen die Deutschen, womöglich mit Reichsmitteln ausgestattet, unter der schwarz-weiß-roten Fahne zum Gelächter der Nationen auftraten. Der Sport, die Kunst, die Wissenschaft, der Handel, die großen und kleinen Organisationen, die der staatlichen Fürsorge anbefohlen sind, werden da so stark in der Gegenwart stehen, dem Gedanken der Erneuerung auch Verständnis entgegenbringen, wenn ein starkes staatliches Bewußtsein dafür wirbt. Es wäre eine lohnende Aufgabe, die Werbekraft des neuen Staates zu erhöhen durch diese Fürsorge in politischer Form, die allein gestaltend wirkt und gegen welche die berühmte „sachliche“ Behandlung weder Autorität erweckt noch verdient. Bei dieser werbenden Arbeit muß die Initiative bei den Verfassungsparteien liegen. Sie haben die Staatsarbeit in den Wahlkreisen durch eine Entgiftung des Flaggenkampfes vorzubereiten und müssen diesem äußeren Symbol die größte Aufmerksamkeit widmen. Es muß entschieden werden, ob die Verfassungsparteien auf beiden Flaggenseiten die Reichsfarbe führen und es muß die Handelsflagge der Deutschen Volkspartei, welche die niedliche republikanische Gösche auf dem schwarz-weiß-roten Banner duldet, auf ihre Inkonsequenz hin diskreditiert werden. Das Tätigkeitsfeld der Parteien sind die zahllosen Vereine und Verbände, die dem nationalen Gedanken irgendwie dienen und man muß sich endlich nicht fürchten von nationalen Aufgaben der Republik zu reden, denen ein neuer Inhalt und das gute Gewissen der Verantwortung vor der Zukunft innewohnen muß. Diese werbende Tätigkeit für die Reichsfarben des neuen Staates ist für die Zukunft der beste Schutz der Republik.

Nach der Wahl in Anhalt

Von J. Budnarowsky, Bernburg

Das hervorstechendste Merkmal der am 22. Juni stattgefundenen Wahlen zum anhaltinischen Landtag ist ein katastrophaler Rückgang der völkischen und kommunistischen Stimmen. Er ist zum allergrößten Teil auf einen Stimmungsumschwung in der Wählerschaft zurückzuführen. Die Völkischen verloren fast die Hälfte ihrer Stimmen vom 4. Mai. Ihre Stimmenzahl ging von 13 223 um 5231 auf 7992 zurück. Die Kommunisten büßten mehr als ein Viertel ihrer Reichstagswählerstimmen ein. Ihre Stimmenzahl sank von 22 762 um 6048 auf 16 714. Die Deutschnationalen büßten von 36 210 Reichstagswählerstimmen 14 807 ein und gingen zurück auf 21 403 Stimmen. Sie verloren diese Stimmen an den Landbund, der 14 683 Stimmen erhielt. Auch die Volkspartei verlor 8924 Stimmen an Mittelständler- und Hausbesitzerlisten.

Die Sozialdemokratie hat als einzige Partei ihren Besitzstand vom 4. Mai gehalten. In Anbetracht der um etwa 10 Prozent geringeren Wahlbeteiligung hat sie sogar Fortschritte gemacht, wenn sie bei Verteidigung ihrer 65 760 Stimmen 64 945 wiedereroberte. Sie hat den Verlust der Kommunisten fast vollständig aufgesogen. Die Abkehr von den Kommunisten und die Rückkehr zur Sozialdemokratie trat besonders stark in die Erscheinung in Bernburger Kreise. Die durch Stilllegung der Kali-Industrie in Mitleidenschaft gezogenen 3000 Familien waren hier bei der Reichstagswahl vielfach Opfer gewissenloser kommunistischer Agitation geworden. Ihre Rückkehr zur Sozialdemokratie ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten stark enttäuscht haben.

Starke Verluste erlitten auch die Demokraten. Die Bodenreformer, die zum ersten Male mit eigener Liste auftraten, konnten diesen Verlust nur zum Teil ausgleichen. Sie haben die Demokraten, mit denen wir in Anhalt seit 1918 in erfolgreicher Koalition zusammengearbeitet haben, schwer geschädigt. Nur einem Zufall ist es zu danken, daß sie mit ihren 3000 Stimmen ein Mandat gewannen. Ich sehe ihr Antreten im Wahlkampf als einen politischen Fehler an, um so mehr, als gerade in Anhalt die Sozialdemokratie entschiedene Bodenreformpolitik betrieben hat. Schwer enttäuscht hat auch der Bauernbund, der eine Listenverbindung einging mit der Rechten, die unter der Parole: „Nieder mit der jetzigen Koalition und der Vorherrschaft der Sozialdemokratie!“ kämpfte. Auch das Zentrum befand sich in dieser Gesellschaft.

Die bisherige Koalition blieb bei den Wahlen in der Minderheit. Es erhielten Stimmen und Mandate:

| Linke | | Rechte | |
|------------------|-------------|----------------------|-------------|
| Sozialdemokraten | 64 945 (13) | Deutsche Volkspartei | 28 033 (6) |
| Kommunisten | 16 714 (4) | Wirtschaftspartei | 5 920 (1) |
| Demokraten | 6 188 (1) | Deutschnationale | 21 403 (4) |
| Bodenreformer | 3 005 (1) | Landbündler | 14 683 (3) |
| | 90 852 (19) | Hausbesitzer | 3 603 (1) |
| | | Völkische | 7 189 (2) |
| | | Deutsch-Soziale | 803 (0) |
| | | Bauernbund | 893 (0) |
| | | Zentrum | 2 010 (0) |
| | | | 84 537 (17) |

Die Linke hat zwar nach wie vor die Mehrheit der Stimmen und Mandate. Sie kann aber nicht regieren, weil die Kommunisten im Parla-

ment keine praktische Arbeit leisten wollen. Die alte Koalition verfügt nur über 15 Mandate gegenüber 19 im Jahre 1920 (13 Sozialdemokraten und 6 Demokraten, die durch allmählichen Uebertritt von Unabhängigen und Kommunisten auf 18 Sozialdemokraten und 6 Demokraten verstärkt wurde).

Die Rechte kann ebenfalls keine Regierung bilden, da nicht anzunehmen ist, daß Demokraten und Bodenreformer eine Rechtsregierung unterstützen würden. Auch der Bürgerblock bis zu den Demokraten ist unwahrscheinlich. Er hätte auch, belastet mit Völkischen und Demokraten, eine zu schmale Basis. Die große Koalition ist von dem führenden volksparteilichen Organ (Richtung Stresemann) verneint worden. Die Rechte steuert nun auf ein Beamtenministerium zu, unterstützt durch einen „Staatsrat“ aus Mitgliedern eines Ausschusses im Landtage.

Die Fraktionen haben noch nicht gesprochen. Die sozialdemokratische Presse Anhalts, „Volksblatt“ in Dessau und „Volkswacht“ in Bernburg, haben die Frage der großen Koalition offen gelassen. Sie wird jedoch gegenstandslos, wenn die volksparteiliche Landtagsfraktion sie ablehnt. Eine Minderheitsregierung, gestützt auf das Wohlwollen der Kommunisten oder Volksparteiler, ist nicht tragbar. Ebenso dürfte eine Ministerliste der Rechten, gestützt auf 17 Mandate, nicht arbeitsfähig sein, selbst wenn sie durch Passivität der Kommunisten über eine Ministerliste der Linken mit 15 Mandaten siegen sollte. Für ein Beamtenministerium nach dem Vorschlage der Rechten bedarf es einer Verfassungsänderung, die die Sozialdemokratie allein mit ihren 13 Mandaten abwehren kann. Sollten die Volksparteiler ihre Taktik nicht ändern, was nach Lage der Dinge ausgeschlossen erscheint, so wird der Landtag keine arbeitsfähige Regierung zustande bringen. Es dürften dann Neuwahlen unerlässlich werden. Die Sozialdemokratie in Anhalt ist für diesen Entscheidungskampf gerüstet. Sie sieht den Futterkrippenbemühungen der „Sieger“ von gestern abwartend zu. Man muß mit ihr rechnen, ob man will oder nicht. Gegen sie zu regieren, ist in Anhalt unmöglich. Nunmehr hat der Landtag, der wahrscheinlich am 8. Juli zusammentritt, zunächst das Wort.

Politischer Wille in der Jugendbewegung

Zur Gudensberger Pfingsttagung der Jungsozialisten

Von Hedwig Rowe (Stettin)

Ueber ein Jahr war seit der vielumstrittenen Hofgeismar-Tagung der Jungsozialisten verfloßen, als wiederum die Genossen des Ruhrgebiets zu einer Arbeitswoche aufriefen. Trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit fand sich eine Teilnehmerzahl von etwa 60 bis 70 Leuten zusammen, davon die überwiegende Mehrzahl aus dem Ruhrgebiet stammend. Die Wahl des Themas „Außenpolitik“ kennzeichnet am besten den jetzt erreichten Entwicklungsgrad der Bewegung: abgestreift sind die fröhlich bunten Eierschalen jugendbewegter Schwärmerie, überwunden ist auch bei aller deutlich empfundenen Problematik der Grundstimmung die Phase des nach Klarheit suchenden und ringenden Bewußtseins und eingetreten ist man in die Zeit bewußten politischen Gestaltungswillens. Welche Triebkräfte lagen dieser Wandlung zugrunde? War es die eiserne Faust wirtschaftlicher Not, die in die bunten Träume weltvergessener Ro-

mantik erbarmungslos hineingriff, die die verhüllenden Nebel dämmernder Problematik jäh zerriß und die jungen Träger des sozialistischen Gedankens vor die massigen, harten Konturen einer unwiderleglichen Realität hinstellte? War es der natürliche Reifeprozess zur Männlichkeit bei den führenden Kräften, der sie am bisherigen vorbereitenden Tun nicht mehr Genüge finden ließ und sie zur unmittelbaren eigenen Aktivität hindrängte? Oder war es der Verlauf eines natürlichen Entwicklungsprozesses, der in organischer Gesetzmäßigkeit die Gesamtbewegung zu diesem entschlossenen Tatwillen hinführen mußte? Was auch die letzten Triebkräfte gewesen sein mögen, fest steht, daß die jungsozialistische Bewegung diesen entscheidenden Schritt aus ihrem bisher vorwiegend kontemplativen Dasein zur Aktivität mit ihrer Gudensberger Tagung getan hat. Der Wunsch nach einer außenpolitischen Woche war ja nicht allein hervorgegangen aus den Bedürfnissen der Jugendbewegung, sondern entsprang der Erkenntnis von der außenpolitischen Unorientiertheit und Indifferenz der Partei zu einer Zeit, da die Lebensschicksale des Volkes in Verstrickungen weltpolitischer Art unzertrennlich eingeflochten sind. Während die Parteiversammlungen wiederhalten vom tosenden Gezänk um große, kleine, mittelgroße, ganzgroße usw. Koalitionen, thronten irgendwo ein paar allmächtige, zynisch kalte Rechner, in deren nüchternen Additionen und Subtraktionen Leben und Untergang von Millionen eingeschlossen lagen. Kann die Arbeiterbewegung, kann vor allem das preisgegebene deutsche Volk sich das zeit- und nervenverbrauchende kleinliche Gezänk noch leisten, kann es jede lächerliche taktische Frage des Tages zu einer Weltanschauungs- und Prinzipienfrage allerersten Ranges aufblasen? In Gudensberg fand man die einzig mögliche Antwort in der disziplinierten Ausschaltung jeder Frage zweiten Ranges und in einer ganz unvoreingenommenen, von Dogmen und Ressentiments unbelasteten Prüfung der heutigen weltpolitischen Situation des deutschen Volkes. Wenn auch der anfänglich vorgesehene Diskussions- zugunsten eines Lehrcharakters der Tagung fallen gelassen werden mußte, dürfte doch in der Art der Aufnahme und Verarbeitung des Wissensstoffes die Gudensberger Tagung für die Mehrzahl der älteren Parteigenossen vorbildlich sein. Selbst die in unserem Kreise gern gesehenen Gäste aus der christlich-religiös orientierten Friedensbewegung — Walter Koch und sein Kreis — hielten mit ihren ethischen Argumentationen der Ideen des Völkerbundes des vereinigten Europas usw. zurück, überzeugt von der Notwendigkeit, daß für Gegenwart und absehbare Zukunft allein die männliche, tatsachenbewußte, politische Haltung in Frage kommt. Derselben Ablehnung begegneten einzelne, von begreiflichen nationalen Ressentiments geladene Wendungen der Ruhrleute. Alles fand sich zum Schluß der Tagung auf der klar und konkret herausgearbeiteten politischen Linie, die am Tage des Abschieds von Haubach noch einmal mit aller Schärfe nachgezogen wurde.

Den Inhalt der Referate an dieser Stelle wiederzugeben, wäre außer der räumlichen Unmöglichkeit auch wegen ihres rein informierenden Charakters verfehlt. Es sollen darum nur Themen und Referenten aufgezählt werden:

- Dr. Faust-Bremen sprach über „Frankreich“;
- Dr. Heller-Leipzig sprach über „England“;
- v. Eckardt-Hamburg sprach über „Rußland“;
- Prof. Dr. Nölting-Detmold sprach über „Nationaler und internationaler Gedanke“;
- Dr. Schwarz-Hamburg sprach über „Völkerbund“;
- Dr. Haubach-Hamburg sprach über „Ziele und Möglichkeiten deutscher Außenpolitik“.

Alle Ergebnisse der Vorträge und lebhaften Diskussionen lagen in der gleichen Richtung: politische Orientierung Deutschlands an England und Anschluß Deutschlands an den Völkerbund. Begründung: Deutschlands Interessen laufen am meisten parallel mit denen Englands und sind am meisten entgegengesetzt denen Frankreichs; der Völkerbund bietet infolge der völligen Unmöglichkeit einer militärischen Erhebung die einzige Möglichkeit für einen wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstieg Deutschlands. Rußland stand man keineswegs ablehnend, wohl aber durchaus abwartend gegenüber. Vielfältige und wenig ermutigende Erfahrungen im Partei- und Gewerkschaftsleben mit den Moskowitern ließen trotz eines dahinzielenden Versuches keine rechte Begeisterung für dieses einstweilen von Fragezeichen umgitterte Land aufkommen. Rechtssicherheit und Vertragstreue sind nun einmal die ersten Voraussetzungen für den internationalen Verkehr. Natürlich spielten auch die englische Arbeiterregierung, der französische Wahlausgang und sonstige Anzeichen einer weltpolitischen Gesundung keine geringe Rolle in der Diskussion junger Sozialisten. Unbegründeter Optimismus wurde von vornherein abgelehnt, desto erfreulicher wirkte die aus nüchternster Prüfung der Tatsachen sich ergebende Feststellung, daß wir seit Abschluß des Versailler Vertrages heute zum erstenmal wieder hoffen dürfen, nicht nur als Deutsche, sondern auch als Sozialisten.

Eine Arbeitsgemeinschaft über das Sachverständigengutachten, geleitet von Dr. Warburg-Hamburg, ergänzte die Vorträge. Vorurteilslos wurde das Für und Wider geprüft, und wenn man eine Annahme des Gutachtens für das Gegebene hielt, geschah dies nicht etwa seiner erst hineinzuinterpretierenden Vorzüge wegen, sondern aus dem politischen Gebot der Stunde heraus, die uns keine Freiheit der Wahl läßt.

Ehe wir auseinandergingen, wurden wir uns noch einmal stark unserer Stellung und Aufgaben in der Jugendbewegung bewußt. Aufgeschlossen sein für alle Werte, für alles Neue und werdende und damit für die besten Teile der deutschen Jugendbewegung, Brücke zu sein zum Sozialismus, empfinden wir als das für uns oft verkannten und verlästerten „Hofgeismarer“ verbindende Moment, ohne die rein praktisch organisatorisch eingestellten Genossen in ihrer Arbeit für Partei und Gewerkschaften zu unterschätzen. Nur darf bei der fortgesetzten zahlenmäßigen Zunahme der jungsozialistischen Bewegung nicht die Gefahr entstehen, daß das quantitative Übergewicht der anderen Seite den geistig regsten und aufgeschlossensten Teil erdrückt. Denn die jungsozialistische Bewegung ist nicht eine Kampforganisation mit aus Mehrheitsbeschlüssen hervorgehender Willensbildung, sondern eine geistige Bewegung mit all deren Abstufungen, Spielarten und Nuancierungen.

Fester noch als in Hofgeismar schlang sich ein Band gemeinsamen Wollens, gemeinsamer Not und Liebe um den Kreis. Wurde über all den Realitäten und Erkenntnissen der Gegenwart das sternenferne Ziel und die Menschheitszukunft vergessen? Nein, das tragen wir glühend in uns, dafür sind wir Jugend, sozialistische Jugend! Aber Gudensberg hat uns den Sinn dafür gekräftigt, handelnd und zupackend in der Welt der Wirklichkeiten unserem Ideal zu dienen. Freudig wurde es empfunden, wie sich in der Gegenwart die furchtbare Spannung zwischen dieser Welt und dem von uns geschauten Ideal ein wenig gelockert hat, und erste schwache Sonnenblicke durch das finster geballte Gewölk hindurchbrechen, das seit einem Jahrzehnt die Welt grauenvoll verdüstert. Als Motto unserer Gudensberg-Woche aber mag das Wort Börnes dienen:

„Wer in der wirklichen Welt arbeiten kann und in der idealen leben, der hat das Höchste errungen.“

Die große Zeit

Der Nationalverband deutscher Offiziere teilt mit: Der Nationalverband deutscher Offiziere hatte bei seiner diesjährigen Reichsvereiner-tagung im April den Beschluß gefaßt, die zehnjährige Wiederkehr des Mobilmachungstages am 2. August feierlich zu begehen. Der Marineoffiziersverband und der Reichsoffiziersbund haben ihre Mitwirkung zugesagt. Die Bundesleitung des Deutschen Offiziers-Bundes hat sich bereit erklärt, ihre Gliederungen anzuweisen, sich an der Veranstaltung zu beteiligen.

„Völlig beruhigt!“

Wien, 3. August. Ueber Italiens Haltung ist man völlig beruhigt. Wohl hat Italien außer seiner Erklärung, daß es fest zu seinen Bundesgenossen stehen werde, noch keinen weiteren Schritt unternommen, auch noch nicht mobil gemacht, aber es besteht kein Zweifel darüber, daß es nur abwartet, was Frankreich tun wird, da sich vertragsgemäß sein Verhalten danach regelt. Da nun inzwischen Frankreich mobil gemacht hat, wird es nicht zögern, die entsprechenden Gegenmaßnahmen zu treffen.

„Kölnische Zeitung“, 4. August.

„Glück auf zur großen Feuerprobe“

Berlin, 8. August. Die heute erschienene neueste Nummer des „Militärwochenblattes“ enthält folgenden Gruß des Heeres für die Flotte:

Auch England wider uns! Hätte uns Albion nicht den Fehdehandschuh hingeworfen, so würde die kaiserliche Marine, während die Armee in schweren Kämpfen nach zwei Fronten stehen muß, zitternd vor Ungeduld gefragt haben: Und wir? Die Antwort auf diese Frage ist jetzt gelöst. Unsere Marine geht mit dem mächtigsten Gegner zur See, den die Welt bisher kannte, zum Tanze . . . Glück auf zur großen Feuerprobe! Ran an den Feind!

„Magdeburgische Zeitung“, 9. August.

Spionitis

Gegen die Spionitis und die Angst vor Automobilen erläßt der Polizeidirektor Billinger von Stuttgart eine dringende Mahnung, sich nicht zu blamieren, mit folgendem Wortlaut: „Schutzleute! Die Einwohnerschaft fängt an, verrückt zu werden. Die Straßen sind von alten Weibern beiderlei Geschlechts erfüllt, die sich eines unwürdigen Treibens befleißigen. Jeder sieht in seinem Nebenmenschen einen russischen oder französischen Spion und meint, die Pflicht zu haben, ihn und den Schutzmann, der sich seiner annimmt, blutig zu schlagen, mindestens aber unter Verursachung eines großen Auflaufs ihn der Polizei zu übergeben. Wolken werden für Flieger, Sterne für Luftschiffe, Fahrradlenkstangen für Bomben gehalten, Telephon- und Telegraphendrähte mitten in Stuttgart sollen zerschnitten, Brücken gesprengt, Spione standrechtlich erschossen und die Wasserleitungen vergiftet worden sein. Es ist nicht vorabzusehen, wie sich das alles gestalten soll, wenn die Zeiten wirklich einmal schwierig werden. Feststelltermaßen hat sich bis jetzt auch nicht das geringste Bedenkliche ereignet. Gleichwohl meint man, in einem Narrenhaus zu sein, während doch jeder, wenn er nicht ein Feigling oder gefährlicher Müßiggänger ist, ruhig seine Pflicht tun sollte, wozu die Zeiten ernst genug sind. Schutzleute, behaltet auch weiterhin kaltes Blut! Seid wie bisher Männer und keine Weiber, laßt euch nicht ins Bockshorn jagen und habt die Augen offen, wie es eure Schuldigkeit ist! Der Polizeidirektor.“

„Leipziger Neueste Nachrichten“, 9. August.

Die Kinder hören es gerne

Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, bestätigt es sich, daß in Polen zurzeit ein schon ziemlich lange vorbereiteter Aufstand im Gange ist. Die Polen glauben die historische Stunde gekommen, den Versuch zu einer neuen Unabhängigkeit zu machen. Sie wissen, daß Rußland jetzt zu sehr mit der Abwehr Oesterreichs und Deutschlands beschäftigt sein wird, um die nötige Kraft aufzubringen, die zur Unterdrückung einer polnischen Revolution notwendig wäre. Aufrufe, die entschieden in aller Oeffentlichkeit auffordern, dem Ruf des Zaren zu den Fahnen nicht Folge zu leisten, gehen von Hand zu Hand. Tatsächlich stößt denn auch die Mobilisation in Polen auf die allergrößten Schwierigkeiten.

Die Polen selbst verfügen über glänzende finanzielle Mittel. Und längst schon ist der Name dessen bestimmt, der an die Spitze des neuen Königreichs treten soll. In Polen werden demnach in Kürze überraschende Dinge vor sich gehen.

„Weser-Zeitung“, 10. August.

Aus dem Elsaß

An unsere Leser! Für unsere gestrige Nummer, in der wir über den Einzug der Franzosen, die Schlacht bei Mühlhausen, den Wiedereinzug unserer Garnison und die darauffolgenden tiefbedauerlichen Schießereien auf unsere Soldaten berichteten, ist von der Kaiserlichen Kreisdirektion die Druckerlaubnis versagt worden. Wir hatten diese Nummer aus einem tiefen moralischen Verantwortlichkeits- und Pflichtgefühl heraus geschrieben. Wir haben auch heute davon nichts zurückzunehmen, und sehen daher davon ab, die gestrige Nummer heute in verwässerter Form nachzuholen.

„Neue Mühlhauser Zeitung“, 13. August.

Das Papiergeld muß populär werden!

Mitbürger! Das Papiergeld muß populär werden! Eine neue Geldbörse zum Besten des Reiches!

Die alten Geldbörsen taugen nichts mehr, und ein neuer Geldbehälter ist erforderlich. Und dieser ist jetzt da: Bequem, klein und flach, trotz der Scheine in der Hosentasche wie bisher zu tragen, dabei alles darin glatt und übersichtlich. Schließlich ganz aus Leder und von vornehmem Aussehen, so stellt er sich dar! Auch für Silber und Nickel ist reichlich darin vorgesorgt (natürlich auch für Gold), so jemand noch davon hat. Albert Rosenhain, Leipziger Straße, wird ihn herstellen und euch verkaufen . . .

„Kreuzzeitung“, 13. August.

Kugelsegen

Die Polizeidirektion erläßt folgende Warnung: Ein hiesiger „Heilkundiger“ benutzt die Zeitverhältnisse, um zum Preise von 50 Pf. für das Stück sogenannte „Kugelsegen“ an Leichtgläubige zu verkaufen. Sie bestehen aus einem bedruckten Blättchen mit der Ueberschrift „Geheimnis!“ „Ein Segen wider alle Waffen und Geschosse!“ Vor diesem Schwindel wird gewarnt.

„Münchener Neueste Nachrichten“, 13. August.

Gegen den Pöbel

Nach einer Mitteilung der sozialdemokratischen „Münchener Post“, die das Blatt über Holland erhalten hat, hat nur die sozialdemokratische Organisation in Belgien die Aufgabe übernommen, die brutalen Exzesse des Pöbels mit Nachdruck zu bekämpfen. Ferner teilt das Blatt mit,

daß der französische Führer Vandervelde als Mitglied des belgischen Ministeriums vergebens auf die Notwendigkeit verwiesen hat, gegen Barbareien des belgischen Pöbels einen Aufruf zu erlassen.

„Vossische Zeitung“, 16. August.

Wilhelm zieht das Schwert!

Bevor das Leib-Regiment der Hohenzollern, das 1. Garde-Regiment zu Fuß, seine Garnison Potsdam verließ, hat sich der Kaiser als Chef des Regiments von seinen Grenadieren mit einer Ansprache verabschiedet, in der er u. a. sagt:

„Und so ziehe ich denn das Schwert, das ich mit Gottes Hilfe Jahrzehnte in der Scheide gelassen habe. (Bei diesen Worten zog der Kaiser das Schwert aus der Scheide und hielt es hoch über seinem Haupte.) Das Schwert ist gezogen, das ich, ohne siegreich zu sein, ohne Ehre nicht wieder einstecken kann. Und ihr alle sollt und werdet mir dafür sorgen, daß es erst in Ehren wieder eingesteckt werden wird. Dafür bürgt ihr mir, daß ich den Frieden meinen Feinden diktieren kann.“

„Hamburger Nachrichten“, 17. August.

Klopstock

(Zum 200jährigen Geburtstag, 2. Juli 1924.)

Von Wolfgang Goetz

In ihm verehren wir den Vater.
A. W. Schlegel.

Das Ungeheure bei der Erscheinung dieses Mannes vermag der heutige Zeitgenosse am schnellsten durch den historischen Rückblick zu erfassen.

Das Grauen des dreißigjährigen Gemetzels hatte den prachtvollen Grimmelshausen emporgeschleudert, dem das rumpelnde Kalbsfell, Schwertschlag und das wilde bunte Leben hin- und herstürmender Soldateska aus aller Herren Länder zum ersten großen Dichter Deutschlands nach der Blüte der Minnesänger gemacht hatte. Als man sich zwischen verbrannten Aeckern und zerschmetterten Häusern wieder einrichtete, verstummte die Dichtkunst. Nur fromme Männer sangen zum Herrn voll gläubigen Vertrauens auf eine bessere Welt und trösteten sich mit dem blutigen Mal auf Golgatha. Gryphius schwankte zwischen tiefen Kirchhofssängen und Schelmenspielen, dann kam der Barock, der mit Prunk das Elend zu übertünchen strebte. Und wenn in Hoffmannswaldau und Lohenstein noch ein tieferes Gefühl, oft schwer unter dem Wust der aufgebauchten Form erkennbar, mitschwang, so kam nach ihnen jenes jämmerliche Gesindel der Hofpoeten, die in Dutzenden von miserablen Alexandrinern etwa den Ordensschmuck eines Gesandten priesen. Daneben machte man Ordnung und verstaute sauber das Ueberkommene. Leibniz baute sein System und Gottsched fand das Arkanum der Poesie. Leipzig setzte auf Frankreich. In Zürich wurde England bevorzugt. Dazwischen klangen wohl eigene Töne. Christian Reuter schreibt den wundervollen Schelmufsky und den genialen Ehrenfried, und sein blutendes Herz hielt Günther hoch. Aber beide sind schwach und erlöschen schnell. So bleibt bald das wesentliche der deutschen Literatur der Streit zwischen Zürich und Leipzig, der aber fürs erste keinerlei labende Frucht trägt. Man dichtet recht und schlecht nach der Schablone, wenngleich in Halle sich mancherlei regen will.

Da blitzt es plötzlich dreimal. In die stickige Philisteratmosphäre schlägt es reinigend. Die ersten drei Gesänge des Messias erscheinen. Deutschland hat einen Dichter. Ein junger Mensch aus Quedlinburg, der die eiserne Schule in Porta durchgemacht hat, ist der Ersehnte. Mit einer Fülle der Phantasie ausgestattet, gesegnet von der deutschen Sprache, die sich dem zeugenden Wortschöpfer hingibt, tritt er ein Sieger auf. Wir Heutigen sind gewohnt, auf die Messiade herabzublicken, denn keiner von uns nahm sich die Mühe, in dies Werk auch nur einen Blick zu werfen. Schwächliche Männer, die der dröhnenden Gewalt dieses Dichtwerks nicht standzusalten vermochten, haben uns jahrelang versichert, hier sei verstaubter Kram. Wohl, wir treffen auf Wunderliches, noch ist der Barock nicht tot, aber Leidenschaft tobt und von der Erde stößt dieser Geist durch die Himmel. Nie, seit Jahrhunderten, war das Unermeßliche so erfüllt und erfüllt worden von einem Menschengestalt, wie hier. Die hohle Konventionalität wich farbiger Glut eines Entzückten. Nichts mehr war gemessen, gezirkelt, hier drang Dämonie berauscht dem heiligen Ziele zu, des Weges nicht achtend und der Regeln spottend.

Der Rausch ist unbeschreiblich. Nicht nur die jungen Dichter jubeln dem, der da kommt, zu. Bodmer ruft den seraphischen Sänger zu sich nach dem fernen Zürich. Die Enttäuschung freilich ist fürchterlich. Es kommt nicht ein sanfter Betrunder, sondern ein junger, saftiger Kerl, stolz mit zurückgeworfenem Haupte, wie ein glücklicher Stich Bernigroths ihn uns zeigt, einen, der lieber Wein trinkt und mit Mädchen auf den mond hellen Wellen des Züricher Sees schwärmt, als tiefe Betrachtungen über Milton anstellt. Bodmer erholt sich erst wieder von dem Schreck, als sich ihm ein frommes Lämmlein naht, das sich untadelhaft bewährt. Ach, armer Bodmer, dein Liebling hieß Wieland. Und dennoch müht sich der gute Alte, Klopstocks Pfad zu verfolgen. Noah ward ihm zum Helden des ledernsten Epos.

Wir dürfen über diese Enttäuschung des braven Mannes nicht allzu sehr spotten. Denn Klopstock hat nicht allein die Dichtkunst auf höhere Ebene gerissen, er hat dem Dichter zum ersten Male Würde verliehen. Er ist nicht mehr einer, der nebenher seine Verse schreibt, er fordert Freiheit dem schöpferischen Geiste. Er heischt für das Daimonion in ihm Verehrung. Wir brauchen nicht den flatternden Berichten badischer Hofschrannen über die ungeschliffene Form dieses Bürgerlichen zu glauben. Betrachten wir nur einmal die von Kurialfloskeln, von Speichelleckereien dicht bedruckten Widmungsseiten früherer Dichter und das Widmungsblatt der Klopstockschen Oden, auf dem nur die zwei Worte stehen: „Dem Kaiser!“ Und denken wir an jüngst verwichene Zeiten; wer hätte sich noch zu Anfang des 20. Jahrhunderts zur Kühnheit solcher erhabenen Kürze aufgerafft?

Ihn aber trug die Gewißheit seiner Sendung. Darum vor allem wird er der Sänger des Genies, das sich ihm am deutlichsten und nächsten in dem „Gottmenschen“ aus Nazareth verleibt, dem die Engel des Himmels dienen und den der Vater nach herbster Qual zu den Sternen hebt. Wer ihm diese Gewißheit schenkt — außer dem unbeschreiblichen, dem unbegreiflichen inneren Gefühl — das ist das Bewußtsein seiner glühenden Liebe für deutsche Sprache und deutsches Wesen. Das sind die Wurzeln seiner Kraft, obgleich er die Form der Griechen wählt. Er ist letzten Endes der Mann, der den Hexameter zu einem deutschen Maß gewandelt hat, trotz Voß, ja trotz Goethe. Und wenn Hölderlin ihm den Kranz in der Beherrschung der Ode entreißt, so wollen wir nicht vergessen, daß zwischen den Geburten dieser beiden Sprachschöpfer rund ein halbes Jahrhundert liegt, in dessen Mitte der Stern über dem wahren Bethlehem aufgegangen war. So ein ur-

kräftiger Deutscher er war, er hat sich so wenig mit dem König von Preußen abfinden können, wie mit dem Mann der Pflicht oben in Königsberg. Als sich in Frankreich die Ideen einer neuen Freiheit ballen, hat der alte Mann, der dankbare Schützling eines Königs, als einer der ersten sein Lied zum Lobe der neuen Männer angestimmt, er, der noch eben steife Dramen zu Ehren Armins des Befreiers geschrieben hatte, sich als einen neuen Barden wählend. Doch als dann im Namen der Tugend das furchtbare Gemetzel anhub, bekannte dieser Männliche seinen Irrtum und wandte sich ab. Er fand sein Genüge, eine geistige Republik, die Gelehrtenrepublik zu träumen. Dies Buch, noch seltener gelesen, häufiger noch gehöhnt als die Messiade, ist eine Fundgrube reiner und hoher Menschlichkeiten, so oft sie sich auch in seltsamer Vermummung darstellen, die den Heutigen erschrecken oder abstoßen; doch ist das nur äußeres Kleid, durch das wir hindurch sehen sollten.

Ihm galt es, deutschen Geist für die Welt fruchtbar zu machen, ihn durch die eigene Kraft zu stählen für den Wettlauf mit den anderen Völkern. Es ist ihm gelungen, spät freilich, denn erst durch eine Französin erfuhr man von dem, was unterdessen im Lande der Barbaren der Welt gegeben worden war.

Nach Klopstocks erstem Aufleuchten beginnt sein Stern zu bleichen. Er schafft freilich weiter bis in sein höchstes Alter, voll feinsten Ironie bisweilen, ja, ein sicherer Witz schleicht sich mitunter in sein Werk, so daß seine Epigramme, mit neuen Ueberschriften versehen, sehr wohl in unseren Tagen noch Stoßkraft genug ausüben dürften. Allein den ersten Gesängen des Messias folgt auf dem Fuße Lessings Schlachtlärm, der den Klang der Klopstockchen Leier übertönt. Der Strenge tritt anmutig und geistreich Wielands spielende Kunst entgegen, und das Buch, das die süßeste Huldigung für Klopstock enthält, da Lotte ihrem Freunde den Namen des Sängers flüstert, reißt nun gar die Aufmerksamkeit der Leser an sich und von dem Alternden in Altona fort. Noch einmal braust der Name Klopstock, doch schon hohl donnernd und theatralisch aufgeputzt, von Göttingen her. Auch schützte Gott den Alten nicht vor Freunden und Jüngern, die Barden Ramler und Sined traten breit, was er einst original und groß schuf. Schon reckt sich keck der Witz. In demselben Göttingen, in dem die Klopstock begeisterten Jünglinge sich im Namen des Meisters mit Eichenkränzen schmückten, spaßt Lichtenberg einen Dialog in seine Schmiralien: „Sie müssen,“ sagt etwa einer, „unbedingt Cramers ‚Er und über ihn‘ lesen. Ohne dies Buch verstehen sie keine Zeile der Klopstockschen Ode.“ „Aber, mein Lieber,“ erwidert der andere, „ich lese ja Klopstocks Oden gar nicht.“ Als Jünglinge und Jungfrauen Blumen in die Gruft streuten, die den Sarg des Achtzigjährigen empfängt, ist er bereits historisch. Im „dümmsten aller Jahrhunderte“, wie Oskar A. H. Schmitz sagt, stehen seine gesammelten Werke behäbig, aber völlig unberührt in den Bücherschränken der braven Bürger. Nur in Wien schreibt Franz Schubert Melodien zu 14 Klopstockschen Dichtungen, und der alternde Goethe scherzt, daß „die Apostel und Heiligen auch nicht bessere Kerls als solche Burschen wie Klopstock und Lessing und wir andere armen Hundsfötter gewesen“. Dann kommt die Zeit der Erfüllung für Gotthold Ephraims boshafte Epigramm. Man lobt und liest nicht. Klopstock wird zum Begriff, wie denn in diesem Zeitraum der Deutsche sich mit dieser Begriffsbegeisterung vor der etwas schwierigeren Mühe um die Anschauung der Idee zu drücken sucht. Und der verderblichen Oberflächlichkeit folgt, nur allzu logisch, die Ueberheblichkeit auf dem Fuße. Sie haben es ja so herrlich weit gebracht, was schiebt uns der Anfang und was kümmert uns der Dank. Der biedere Bürger schob den Abgott seiner Großväter beiseite und

gönnte ihm höchstens ein nachsichtiges Lächeln. Ein ekles Schauspiel, mitten in dem Volke, aus dem die Lehre von den drei Ehrfurchten, erklang oder hätte erklingen sollen, wenn Ohren waren, zu hören.

Es war die größte lyrische Gestalt der neueren deutschen Dichtung, Stefan George, der zuerst wieder auf den wahren Klopstock hinwies, eine Tat, der wir Dank schulden werden. Und wenig nach ihm kam, in vielem sein Antipode, Theodor Däubler, und trat für den Verkannten mit seinem ganzen ungefügigen Temperament ein. Wir mögen zu diesen Dichtern stehen, wie wir wollen, ihr Mahnruf darf nicht ungehört verhallen. Wir, die im alten Kram und Wust uns recht behaglich fühlen, wir am allerwenigsten haben uns an dem Schrulligen und Veralteten in Klopstocks Werk zu stoßen. Dahinter blinkt reines Gold, das wir nur zu heben brauchen. Wir können selbst absehen von dem Rausch und Schwung dieser entzündeten Dichterphantasie — wir sollen es keineswegs! —, allein das Anschauen solcher reinen Mannheit, so tapferen Bekenntnismutes macht uns reich und schenkt uns Trost. Vor allem aber zwingt uns die schamvolle Stirn zu Boden, dies Wissen um die wahren Wurzeln unserer Kraft, unsere Sprache und Wesen unserer Art und der Boden, der uns zeugte. Der Große aus Quedlinburg ist heute weniger denn je historisch, trotz allen Larven, die er sich vornimmt. Man mag von Anthologien wenig halten, aber für eine Sammlung Klopstockscher Dichtungen wären wir dankbar, die von dem zarten „Rosenband“ über das ohne Empfindsamkeit wehmütige „Der Wein und das Wasser“ des zurückdenkenden Greises, über die grandiose „Warnung“ (mit dem grausenden „Die Wage klang, klang“ und „Die Wage, die Wage, die furchtbare Wage klang“), eine Ode, die Franz Moors Vision im letzten Akt der Räuber nur allzu deutlich beeinflusste, bis hin zu den „Verwandelten“ leitet, einem Gedicht von so tiefem Einblick in göttliche Geheimnisse, wie wir sie nur noch bei dem alten Goethe finden. Hier wäre zu lernen, wie man mit Worten nicht spielt, ein gefährlichstes Laster unserer Zeit, sondern wie man sie erfüllen soll mit der ganzen Inbrunst des Herzens. Nirgends wird Dienerschaft am Worte so deutlich. Gerade bei ihm, dem annoch ringenden Prometheus, wäre es zu erfahren, denn der größte Kaiser aus der alten Kaiserstadt Frankfurt, der Erbe Klopstocks, der Herrscher Prometheus hat uns unserer Tage Sprache geschenkt, daß wir ganz und gar vergaßen, die Fülle des Wortes bei ihm zu ergründen. Damit dies wieder geschehen kann, heißt es anfangen, zum andern beim Vater, daß wir des Sohnes würdig werden.

So wäre es wahrlich die schönste Feier zum 200 jährigen Geburtstage des Großen, wenn viele das Ringen mit diesem Engel des Herrn aufnahmen um hohen Segen. Wem der letzte Sieg über ihn nicht gelingen will, wird immer noch genug nach Hause tragen. Ihm sei Trost; was Beethoven einst in seiner wunderbar scheuen und poltrigen Demut von Klopstock sagte: „Ei nun, verstanden hab' ich ihn freilich nicht überall, er springt so herum, er fängt auch immer gar zu weit von oben herunter an. Immer Maestogo! Des-Dur! Nicht? Aber er ist doch groß und hebt die Seele. Wo ich ihn nicht verstand, da riet ich doch!“

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Handelsverträge und Zollpolitik

Die Balkanisierung Europas Eine allen Stürmen trotzende deutsche Wirtschaft hat zur Voraussetzung, daß der Außenhandel unseres Landes auf dem Fundament günstiger Handelsverträge verankert wird. Diese müssen auf der Meistbegünstigung beruhen und auf lange Sicht abgeschlossen werden. Im nächsten Jahre fällt die Einschränkung des Versailler Friedensvertrages, wonach allen Alliierten und deren assoziierten Mächten Meistbegünstigung in Deutschland gewährt werden mußte. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Außenhandelsprobleme und damit die prinzipiellen Gegensätze: ob Zoll oder Freihandel nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern gegenwärtig das öffentliche Leben beherrschen. Die ungeheuren Schwierigkeiten, die deutsche Wirtschaft in das verästelte System der Weltwirtschaft einzuschalten, sind nicht nur in der jahrelangen Absperrung zu suchen. Die Welt hat sich gegen die Vorkriegszeit gar wesentlich verändert. Das von allen Friedensfreunden seit langem propagierte Ideal: die Vereinigten Staaten Europas, ist durch den Ausgang des Krieges in nebelhafte Fernen gerückt. An die Stelle dieser Kulturforderung trat eine nie geahnte Balkanisierung des alten Erdteils, die in der Entstehung von 28 neuen Staaten in der Welt ihren sichtbaren Ausdruck findet. Die ungeheure Kraftquelle, die in der Vereinigung aller Staaten liegt und den Vereinigten Staaten von Amerika als Basis ihres Aufstiegs zur Verfügung stand, kann leider in Europa nicht zur Anwendung gebracht werden. Im Gegenteil sind bergehohe Schwierigkeiten zu überwinden. Große Territorien, wie Oesterreich-Ungarn, sind verschwunden, kleine rivalisierende Staaten, die sich gegeneinander abschließen, sind an ihre Stelle getreten. Länder wie Polen, Rumänien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei u. a. machen große Anstrengungen, um eigene Industrien zu entwickeln, deren Kapazität ausreicht, ihr Heimatland mit den notwendigsten Produkten zu versorgen. Doch nicht nur dies, darüber hinaus treten sie auf dem Weltmarkt als Konkurrenten auf. Man denke nur an die polnische und tschechische Eisen- und Stahlindustrie. Verstärkt wird die wirtschaftliche Bedeutung dieser neuen Industriestaaten dadurch, daß sie vom Kapital der Großstaaten, namentlich von demjenigen Frankreichs, beherrscht werden. Die politische Hegemonie der Siegerstaaten wird hier durch wirtschaftliche Interessen wirksam unterstützt. Wenn schon vor den Toren Deutschlands wichtige Absatzgebiete verschüttet sind, so sieht es in den übrigen Erdteilen nicht anders aus. Es sei hier nur an die wirtschaftliche Entwicklung Japans erinnert, dessen Industrie heute in der Lage ist, große Gebiete Ostasiens, Indiens, Australiens usw. mit Waren zu versorgen. Südamerikanische und andere Staaten waren durch die Absperrung des Krieges gezwungen, eigene Industrien zu entwickeln respektive ihre industrielle Basis zu erweitern. Rußland, dieses Riesenreich, macht wirtschaftlich die ersten selbständigen Gehversuche. Die bolschewistische Revolution wird die Grundlage des russischen industriellen Aufstiegs sein. Zu alledem tritt die wirtschaftliche Uebermacht der amerikanischen Union. Vor dem Kriege an Europa mit 6 Milliarden Goldmark verschuldet, ist Onkel Sam heute Gläubiger mit einer Summe von 25 Milliarden Goldmark geworden. Ungeheure Summen wandern zur Verzinsung jährlich über den Ozean. Dazu tritt der mächtige Zustrom von Gold, das ehemals zum größten Teil in Europa der Volkswirtschaft zur Verfügung stand. In der Tat wird von den Leuten, die in Deutschland an dem Neuaufbau der Handelspolitik zu wirken berufen sein werden, eine Herkulesarbeit verlangt. Einige Schwierigkeiten glauben wir vorstehend aufgezeichnet zu haben.

Die veränderte Struktur der deutschen Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft ist in ihrer Gesamtheit eine andere, als vor dem Kriege. Wohl kamen auch damals in der Hauptsache Fertigfabrikate zur Ausfuhr. Doch daneben war Deutschland ein Land, das große Mengen Rohstoffe und Halbfabrikate exportierte. Wir erinnern an die Ausfuhr von Kohle, die in gleicher Menge und gleicher Qualität nirgends zur Verfügung stand. Der Verlust Oberschlesiens und des Saargebiets hat die deutsche Kohlendecke verkleinert. Die großen Mengen hochwertiger Kohle werden in der Ausfuhrstatistik der Zukunft nicht mehr eine so große Rolle spielen. Das in Oberschlesien und Eupen-Malmedy gewonnene Rohzink ging in nicht geringen Mengen nach England. Heute sind diese Gebiete von Deutschland abgetrennt. Die Ausfuhr von Roheisen und Halbzeug, die die mächtige deutsche Eisen- und Stahlindustrie früher zu leisten in der Lage war, wird heute in bedeutend kleinerem Umfange möglich sein, da erstens das Erz von Lothringen-Luxemburg fehlt und damit eine wichtige Grundlage der Eigenversorgung gefallen ist, und zweitens die abgetretenen Gebiete Südwestdeutschlands nicht mehr mitzählen. Das in Deutschland erzeugte Roheisen und Halbzeug dürfte in der Zukunft in der Hauptsache im Inlande zur Verarbeitung gelangen. Der Ausfall der Ausfuhrprodukte auf dem Gebiete der Rohstoffe und der halbfertigen Waren wird zur Erreichung der aktiven Handelsbilanz von sehr großer Bedeutung sein. Noch mehr als früher muß die deutsche Wirtschaft Fertigfabrikate ausführen, in denen eine Menge menschlicher Arbeit enthalten ist. Dazu sind günstige Handelsverträge notwendig, die den Produkten deutscher Arbeit die Tore aller Staaten öffnen. Sobald also das Sachverständigen Gutachten in Wirksamkeit tritt und die Atmosphäre in Europa durch dessen Annahme bereinigt ist, muß die deutsche Diplomatie, im Bunde mit berufenen Kreisen der Wirtschaft, ihren ganzen Scharfsinn aufwenden, um Handelsabkommen auf der Grundlage der Do-ut-des-Politik mit annähernd 20 Staaten zustande zu bringen.

Fertigindustrie und landwirtschaftliche Schutzzölle

Wenn also die Fertigfabrikation den Grundstock des zukünftigen deutschen Außenhandels bilden soll, dann muß diese nicht nur qualitativ hochwertig, sondern auch billig sein. Soll sie das sein, dann ist es mit den Interessen der Industrie nicht vereinbar, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes durch Lebensmittelzölle verteuert wird. Im Gegenteil ist die Industrie daran interessiert, daß die alte Streitfrage, Schutzzoll oder Freihandel, endgültig in allen Staaten zugunsten der letzteren entschieden wird. Hierüber wird in der nächsten Zeit noch viel zu sagen sein. — Die Frage der Handelsverträge und der Zollpolitik sind für das deutsche Volk ungeheuer wichtig. Schon hat ein harter Kampf von Interessenten eingesetzt, die Debatten in den Parlamenten waren nur das Vorspiel dazu. Das ganze Volk muß die Möglichkeit haben, an der Entscheidung der Handelspolitik teilzunehmen. Das ist eine Unmöglichkeit, wenn das bis zum 30. Juni bestandene handelspolitische Ermächtigungsgesetz in Wirksamkeit bleibt. Im Dunkel solcher Gesetze können einseitige Interessen verschiedener Wirtschaftsgruppen verwirklicht werden. Möge der Reichstag dafür sorgen, daß hier freie Bahn und die Möglichkeit einer öffentlichen Kontrolle geschaffen werden.

Mercur.

Der Gesamtauflage dieser Nummer ist ein Prospekt der „Gesellschaft“ Internationale Revue für Sozialismus und Politik, herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding (Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin) beigelegt, den wir der Beachtung unserer Leser empfehlen.

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln
 Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451
 Druck: Photogravur G. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.